

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4593. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4593

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Drohender Eisenbahner-Kampf.

Berlin, 7. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Freiheit veröffentlicht folgenden Aufruf aus der Nummer 58 des Deutschen Eisenbahners, die am 11. Dezember erscheinen wird:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt: In den ersten Novembertagen d. J. richtete unser Vorstand im Reichsverkehrsministerium und Reichsfinanzministerium den Antrag ein, möglichst bald mit uns über eine an alle Bediensteten zu gewährende Erhöhung der Teuerungszulage zu verhandeln. In weiterer Folge hat sich dieser Antrag in präzisere Formen gekleidet. Für die Lohnbediensteten wurde allgemein die Forderung aufgestellt, die bewegliche Teuerungszulage um 1 Mk. pro Stunde zu erhöhen. Für die Beamten wurde folgende Forderung aufgestellt:

1. Den Teuerungszuschlag nicht mehr nach der Höhe des Einkommens zu stellen, sondern ihn für alle Besoldungsgruppen gleich hoch zu bemessen, und zwar Ortsklasse A und B 8000 Mk., Ortsklasse C und D 7500 Mk., Ortsklasse E 7000 Mk. Bisher bezahlte höhere Teuerungszulagen bleiben auch weiterhin bestehen.
2. Die Kinderzulagen allgemein um 100 Mk. zu steigern.
3. Den nichtplanmäßigen Beamten ist außerdem der volle Teuerungszuschlag wie für die planmäßigen Beamten zu gewähren.
4. Die Vorlage erhält rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1920.

Bis zur Stunde hat eine Verhandlung zwischen unserer Organisation und der Regierung noch nicht stattgefunden. Was der Hauptanstoß des Reichstags am 4. 12. beschlossen hat, ist in keiner Weise ausreichend, um den Forderungen der Bediensteten gerecht zu werden. Noch einmal wird zur Stunde der Versuch gemacht, diese Verhandlungen herbeizuführen. Gelingt dies nicht, oder wird die Regierung ein Entgegenkommen ablehnen, dann wird auf dem schnellsten Wege der erweiterte Vorstand des Verbandes zusammentreten, um über die Mittel und Wege zu beschließen, die dann in Anwendung zu bringen sind. Kollegen, die Stunde ist ernst. Seid bereit, wenn der Ruf an euch ertönt, einzutreten und geschlossen den uns drohenden Kampf aufzunehmen. Alle Sonderinteressen müssen unterbleiben. Wer heute noch durch irgendwelche Sonderhandlungen unseren Kampf hütet, ist ein Verräter an den Interessen seiner Kollegen. Die Zeitung unseres Verbandes wird zur geeigneten Stunde die Parole an euch ertönen lassen. Seid bereit und seid einig!

## Zusammentritt der Konferenz in Bern.

Aus Bern wird gemeldet: Am Sonntagvormittag trat in Bern die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz einberufene Internationale Konferenz zusammen. Die Konferenz ist wie folgt von den Parteien offiziell besetzt: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Crispian, Ledebour, Hilferding, Rosenfeld; Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands: Frey Adler, Dito Bauer; Deutsch-sozialdemokratische Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik: Carl Cermak; Sozialdemokratische Partei Frankreichs: Longuet, Paul Faure; Unabhängige Arbeiterpartei Englands: Bailhaed, Johnson, Shinwell; Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Mensheviks): Martow; Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Gräber, Grimm, Suggler, Reinhard. Da die Sozialist Party Americas ihre offizielle Vertretung nicht mehr rechtzeitig entsenden konnte, ist sie offiziell durch den Genossen Gollomb vertreten. Die Sozialdemokratische Partei Lettlands hat den Genossen Longuet mit der Vertretung beauftragt. Als Vorliegende wurden bezeichnet: Reinhard, Longuet und Ledebour. Die Konferenz ist ausschließlich besetzt von Vertretern sozialistischer Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind. Ueber die Ergebnisse der Beratungen werden Mitteilungen erfolgen.

Bern, 6. Dezember. Die internationale sozialistische Konferenz hat auf Antrag Rosenfelds eine Entschließung angenommen, in der gegen das Untertanentum und die Gewalttätigkeit in Ungarn scharfer Protest erhoben und an die revolutionären Sozialisten der ganzen Welt appelliert wird, ihre Solidarität mit dem ungarischen Proletariat zu beweisen.

## Beginn der Parteispaltung in Frankreich.

Paris, 6. Dezember. Die rechtslebenden Sozialisten, unterstützt von den Vertretern des sozialistischen Kongresses, erleben einen Aufbruch, um zum Widerstand gegen den Anschluss an die dritte Internationale aufzufordern. Auf dem Parteitag werde es sich entscheiden, wer zu den Kommunisten gehöre und wer der Sozialdemokratischen Partei treu bleibe. Die Spaltung dieses Ausschusses wird allgemein als der erste Schritt zur Spaltung der Partei angesehen. Dem Ausschuss gehören u. a. an: Renaudel, Paul Boncour, Maveras, Moutet und Brade.

Paris, 6. Dezember. Der sozialistische Kongress des Bezirkes Lille hat sich gegen den Anschluss an die Dritte Internationale mit 275 gegen 141 Stimmen ausgesprochen; dagegen hat der Bezirk von Roubaix für den Anschluss gestimmt und zwar mit 225 gegen 188 Stimmen. Die Sozialisten von Montpellier haben den Anschluss an Moskau mit 215 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten des Departements Yvelines haben sich für die Dritte Internationale ausgesprochen.

## Die Volksabstimmung in Griechenland.

Athen, 7. Dezember. (TL.) Aus Athen wird gemeldet, daß über die Volksabstimmung in Griechenland bisher nur Teilergebnisse vorliegen. Sie lassen jedoch einen großen Sieg für König Konstantin erkennen. In Athen wurden von 142 000 abgegebenen Stimmen 111 500 Stimmen für König Konstantin abgegeben. In Attika lauten von 200 000 abgegebenen Stimmen 189 000 für König Konstantin.

Wie aus Athen weiter berichtet wird, ist die Abstimmung überall in aller Ruhe vor sich gegangen.

## Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel.

London, 6. Dezember. Als Tag des Zusammenrittes der Konferenz der wirtschaftlichen Sachverständigen in Brüssel ist der 13. Dezember festgelegt worden. Deutschland wird sowohl auf dieser als auch auf der darauffolgenden Ministerkonferenz vertreten sein. Großbritannien hatte auf der fundamentalen Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands an den Beratungen bestanden und Frankreich hatte sich schließlich damit einverstanden erklärt.

Wie dazu aus Berlin gemeldet wird, ist beim Vorstehen der deutschen Friedensdelegation in Paris eine Note eingegangen, in der die deutsche Regierung ersucht wird, den Ministern mit größter Beschleunigung die Namen der deutschen Bevollmächtigten mitzuteilen.

## Verständigung zwischen Italien und d'Annunzio.

Berlin, 7. Dezember. (TL.) Wie das Berliner Tageblatt von zuverlässiger Seite hört, werden die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und d'Annunzio tatsächlich vor einem günstigen Abschluss. Der Kommandant von Fiume hat einige Bedingungen gestellt, die jedoch sämtlich nur von formeller Bedeutung zu sein scheinen, so daß die Regierung in Rom zu ihrer Annahme geneigt ist. Vor allem dürfte es sich um die offizielle Anerkennung der Regenerität Quarnero durch Italien handeln. Man erwartet ferner die Unterscheidung des Friedensvertrages.

## Ein Gewaltakt der bürgerlichen Parlamentsmehrheit in Danzig.

Danzig, 7. Dezember. (TL.) Die verfassunggebende Versammlung des Freistaates Danzig hat sich gestern nachmittags mit den Stimmen der vier bürgerlichen Parteien zum ersten Volktag erklärt, mit einer Amtsdauer bis zum 31. Dezember 1920. Die sozialdemokratischen Parteien und die Polenfraktion stimmten dagegen. Dann schritt der neue Volktag zur Wahl des Senats. Ein Verfassungsantrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt. Darauf verließ die gesamte Linke den Sitzungssaal. Die zurückgebliebenen vier bürgerlichen Parteien wählten hierauf den Senat in folgender Zusammensetzung: Präsident des Senats: Oberbürgermeister Dr. Sahm; Hauptamtliche Senatoren: Kultus: Stadtschuldirektor Dr. Strauß; Staatsbetriebe: Generaldirektor Prof. Dr. Noe; Generalangelegenheiten: Dr. Schwarz; Inneres: Gewerkschaftssekretär Schumme; Desentliche Arbeiten: Stadtrat Leske; Soziale Fürsorge: Stadtrat Dr. Frank; Finanzen: vorläufig unbekannt. Außerdem wurden 14 parlamentarische Senatoren gewählt, darunter als Vizepräsident der deutschnationalen Abgeordnete Landesgerichtsdirektor Dr. Ziehm, ferner 6 Deutschnationaler, 3 Mitglieder des Zentrums, 2 der freien wirtschaftlichen Vereinigung und 2 der Deutschdemokraten.

## Auch der Mord an Baasche bleibt ungeführt.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Wie wir erfahren, hat der Rechtsvertreter der Hinterbliebenen des am 22. Mai auf seinem Gute Waldfrieden bei Sothen von Reichswehrsoldaten erschossenen Kapitänleutnants Hans Baasche von der Staatsanwaltschaft in Schneidemühl auf eine Anfrage nach dem Stande der Angelegenheit folgende Mitteilung erhalten: „Das Verfahren ist eingestellt.“ Bekanntlich hat die Ermordung Baasches „auf der Flucht“, die nach den damals eingelaufenen Berichten einem planmäßig vorbereiteten Attentat verleiht, nicht nur die Aufmerksamkeit der größten Aufmerksamkeit erregt. Um so löblicher ist es, daß das eingeleitete Verfahren so in aller Stille eingestellt worden ist. Selbst das Berliner Tageblatt findet es auffallend, daß man nicht einmal die Gründe für Einstellung des Verfahrens mitteilt. Aber wer wird sich über diesen Ausgang des Verfahrens noch wundern? Es ist doch im neuen Deutschland längst zur ständigen Praxis geworden, daß militärische und konterrevolutionäre Verbrecher straffrei ausgehen. Braucht man da noch besondere „Gründe“?

## Verlagung des Prinz-Prozesses.

Wie aus Berlin berichtet wird, ist wegen der Erkrankung des heilenden Berichterstatters des Gerichtshofes die Verlegung des Prinz-Prozesses beschlossen worden.

## Entwaffnung der Balachowitsch-Truppen.

London, 6. Dezember. Die Times meldet aus Warschau: Die Streitkräfte Balachowitschs wurden über die polnische Grenze gedrängt und entwaffnet. Balachowitsch befindet sich leicht verwundet in Warschau.

## Sozialistische Regierung in Sachsen.

Die gestrigen Verhandlungen in Dresden zwischen den Vertretern der Rechtssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens über die Regierungsbildung haben Erfolg gehabt. Es wurde das Abkommen getroffen, daß den Rechtssozialisten vier Ministerposten, darunter die Ministerpräsidenten, zugeteilt werden, und der Unabhängigen Sozialdemokratie drei. Die Rechtssozialisten befehlen neben dem Präsidentenposten das Finanz-, Justiz- und Wirtschaftsministerium. Die Unabhängige Sozialdemokratie stellt die Vertreter für das Ministerium des Innern, das Kultusministerium und das Arbeitsministerium.

Die Landesversammlung der U. S. P. Sachsens, die am Montag im Ständehaus tagte, hat den Genossen Pipinski für das Ministerium des Innern, den Genossen Pfeiffer für das Kultusministerium und den Genossen Jäkel (Reichstagsabgeordneter für Chemnitz-Plauen und Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes) für das Justizministerium und Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes) für das Arbeitsministerium gewählt. Die Genossen Pipinski und Pfeiffer haben sich zur Annahme der Posten bereit erklärt. Genosse Jäkel hat seine persönliche Bereitschaft ausgesprochen. Seine definitive Entscheidung hängt von der Zustimmung des Vorstandes des Textilarbeiterverbandes ab.

Die Rechtssozialisten präsentieren als Ministerpräsidenten den bisherigen Inhaber des Postens, Busch. Ob Justiz- und Wirtschaftsministerien von den bisherigen rechtssozialistischen Ministern weiter verwaltet werden sollen und wer für das Finanzministerium vorgeschlagen wird, ist noch nicht bekannt.

Die sozialistische Regierung für Sachsen ist — vorerst — gesichert. Der heutige Tag wird die Wahl des bisherigen rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Busch zum Vorsteher der neuen sächsischen Regierung bringen und er wird nach den Abmachungen der beiden sozialdemokratischen Parteien für die übrigen Ministerämter Sozialdemokraten und unabhängige Sozialdemokraten berufen.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien dauerten bis Montag abend. Ueber das Mindestprogramm, das unsere Partei zur Bedingung ihrer Beteiligung an der Regierung macht, gab es keine Differenz. Die Regierungsbildung erfolgt also unter Bindung auf das folgende Programm:

Entscheidende Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung der Bergeseffektivierung der Produktionsmittel und des Warenanstoßes, insbesondere der Bergeseffektivierung der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkraft.

In Sachsen sind die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlenabbau, Elektrizitätserzeugung gemeinwirtschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter zur Mitwirkung an der Regelung der Produktion und Verwaltung heranzuziehen.

Staatliche Fürsorge für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung durch ausreichende Lebensmittelzufuhr.

Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Grundrissen zu fördern; Staatsbesitzungen sind nur in diesem Sinne zu leisten. Die Staatsposten sind in den Dienst des Wohnungsbau zu stellen.

Nach Schaffung der Mantelgesetzgebung durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat und der Ausbau der Schule so herbeizuführen, daß jedem beschäftigten Schüler der Aufstieg bis zur höchsten, für seine Berufseinstellung erforderlichen Bildungshöhe möglich ist.

Beschleunigte Durchführung der Gemeindeförderung auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.

Schaffung von Einrichtungen zum Schutze gegen konterrevolutionäre Angriffe.

Erlaß eines Amnestiegesetzes für politische Delikte, Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Stellung der Kommunisten war durch einen Briefwechsel geklärt, der folgende Antwort der kommunistischen Organisation Sachsens zeitigte:

An die Sozialdemokratische Partei Sachsens  
J. H. des Herrn Karl Müller,  
Chemnitz,  
Dresdner Straße 38.

Einem von dem sozialdemokratischen Bezirks-Sekretariat für Oßnabrück, Dresden-N., Wettinerplatz 10, ausgefertigten Ansuchen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, betreffs Verantwortung zweier an uns gerichteter Fragen nachkommend, lassen wir Ihnen folgenden Bescheid zugehen:

Frage 1: Ist die kommunistische Partei Sachsens bereit, in eine rein sozialistische Regierung einzutreten?

Antwort: Nein.

Frage 2: Für den Fall der Ablehnung des Eintritts in die Regierung, ist die kommunistische Partei bereit, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um zu vermeiden, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt wird?

Antwort: Ja, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Frage 2 sich ebenfalls auf eine rein sozialistische Regierung bezieht.

Nur um jedes Mißverständnis von vornherein auszuweichen, sei nochmals betont, daß die Antwort auf Frage 2 uns zu keiner Handlung verpflichtet, die außerhalb wirklich revolutionärer sozialistischer Politik liegt.

Unsere Stellungnahme für unser zukünftiges Verhalten ist Ihnen aus den Ausführungen Brandlers bekannt.

Hoffend, daß obestehende Antwort Ihnen volle Klarheit gibt, zeichnet für die kommunistische Partei

J. A.: Max Reiffmann.

So war also zunächst eine sozialistische Mehrheit für die Wahl des sozialistischen Ministerpräsidenten geschaffen, und darüber hinaus das Versprechen der Kommunisten erfüllt, eine wirklich revolutionäre sozialistische Politik unterstützen zu wollen. Es ist freilich nicht ausgemacht, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien mit den Kommunisten über diesen Begriff übereinstimmen — es ist sogar das Gegenteil sicher. Indes nehmen wir an, daß sich die Kommunisten Sachens überlegen werden, ob sie eine rein sozialistische Regierung stützen dürfen, die sich bemüht, innerhalb der gegebenen Möglichkeiten sozialistischer Politik zu treiben. Daß diese Möglichkeiten nicht sehr groß sind, daß sie durch die Reichsverfassung insbesondere sehr eng begrenzt werden, braucht eigentlich nicht näher ausgeführt zu werden. Aber angesichts der Forderungen, die die kommunistische Presse für die Gestaltung der sächsischen Politik aufgestellt hat und auf die in dem Antwortschreiben der kommunistischen Zeitung Sachens noch einmal durch den Hinweis auf den Artikel Brandlers besonders verwiesen wird, ist es doch notwendig, schon hier zu betonen, daß die sächsische Regierung die Reichsverfassung selbstständig nicht überspringen kann, und daß sie daher verschiedene, was auf dem kommunistischen Wunschzettel steht, nicht von sich aus erfüllen, sondern nur in solcher Richtung auf die Reichsregierung einwirken kann. Das trifft vor allen Dingen zu auf das kommunistische Verlangen, daß die Industrie verpflichtet werde, ihre Arbeitslosen zum vollen Lohnsatz zu erhalten. Die Widerstände, die einer großzügigen sozialistischen Politik in der Deutschen Republik entgegenstehen, lassen sich natürlich nicht von der Regierung eines kleinen Bundesstaates aus brechen, sondern sind nur durch die gesammelte Aktion des gesamten deutschen Proletariats niederzuerwerfen. Das müssen auch die Kommunisten einsehen, wenn sie halbwegs vernünftige Politik treiben wollen. Tun sie es nicht, so werden sie vor der sächsischen Arbeiterschaft die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß sie die Arbeit einer sozialistischen Regierung um Hingehänge wüßten wegen Forderungen unumgänglich gemacht haben, die zu erfüllen diese Regierung gar nicht die gesetzlichen Mittel besäße. Und der Gedanke, mit einer solchen Verantwortung in Neuwahlen vor die Wähler treten zu müssen, dürfte doch etwas zügelnd auf die kommunistische Partei einwirken. Hat sie sich doch schon in ihrem Antwortschreiben zu der Theorie bekannt, daß ein sozialistischer Ministerpräsident — und wohlgernecht ein rechtssozialistischer! — das kleinere Übel gegen einen bürgerlichen Premierminister darstellt. Die ganz Orthodoxen im kommunistischen Lager werden vielleicht schon daran Anstoß nehmen. Auf der Berliner kommunistischen Parteitagung hat es bereits aus der württembergischen Ecke ein wenig gepörrt. Und wenn sie der Doktrin Sinowjew in allen Punkten folgen wollten, so müßten unsere Kommunisten allerdings etwa sagen, daß ein rechtssozialistischer Ministerpräsident gefährlicher ist, als die Orgel und der Völkchund. Indes solche Applaudationsphrasen zerflattern, wie das Antwortschreiben zeigt, gar schnell, wenn ihre Träger gezungen sind, konkrete politische Fragen zu beantworten. Und so wenig wir uns deshalb Illusionen machen über die Standfestigkeit der neuen Regierung, so sind wir doch auch von allzu weitgehendem Pessimismus entfernt. Die Logik der Tatsachen wird bei den Entschlüssen der Kommunisten immer ein nicht unerhebliches Wort mitsprechen. Und wenn sie sie nicht brauchen, um so schlimmer für sie. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann bei Neuwahlen in Sachsen sicher sein, wieder vorwärts zu schreiten, nachdem die Vermittlung, die die Spaltung von Halle brachte, mehr und mehr überwunden ist und die Kommunisten genötigt sind, unter ihrer eigenen wahren Firma aufzutreten.

Wichtig aber ist es, daß die sächsische Arbeiterschaft weiß, was sie von einer sächsischen Regierung erwarten kann, wieweit sie ihre Forderungen an ihre Politik erstrecken darf. Sie muß wissen, daß die sächsische Regierung nur noch auf einem schmalen Gebiete selbstständig zu handeln in der Lage ist. Daß zum Beispiel das Wesentliche in der Ernährungspolitik in Berlin bestimmt wird und daß Dresden nur die umbarebare Aufgabe hat, die durch die Fehler der Reichspolitik für das sächsische Proletariat geschaffene Lage so erträglich wie möglich zu gestalten. Die sächsische Arbeiterschaft muß sich gegenwärtig halten, daß die Sozialisierung durch die Verfassung von Weimar dem Reiche vorbehalten ist, daß die wesentlichen Punkte der Schulgesetzgebung der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind und daß deshalb auch ein sozialistischer Kultusminister in Sachsen nicht in der Lage ist, die weltliche Schule zu schaffen. Indes heißt ihm die Möglichkeit, in die Schulverwaltung, in die Lehrerausbildung einen freieren Zug zu bringen und innerhalb der Schulhierarchie freibittlich geistige Männer in führende Stellungen zu bringen. Etwas größer ist der Einfluß des Ministeriums des Innern. Von hier aus soll die Gemeinde-reform ausgehen, die endlich des Zweikammersystems in den größeren Städten, das heißt die von Stadtverordneten gleichberechtigte Stellung des Rates, in den Landgemeinden die Gemeinde-stätten und noch so manches Hindernis wirklicher Durchsetzung des Prinzips des gleichen Wahlrechts zu beseitigen hat. Hier ruht aber auch die Verfügung über die Polizeigewalt und hier ist die Stelle, die den reaktionären Verschönerungen, den Nachenschaften der Orgel mit Energie die Kraft der Staatsgewalt entgegenzusetzen hat. Das sächsische Proletariat darf und muß verlangen, daß die sächsische Regierung die Machtmittel, die ihr zuziehen rücksichtslos zur Führung einer wirklich sozialistischen Politik gebraucht — und es wird Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein, darüber zu wachen, daß die Rechtssozialisten die Verpflichtungen nicht vergessen und nicht veräußern, die sie durch Annahme unseres Mindestprogramms eingegangen sind —, das sächsische Proletariat muß sich aber hüten, von dieser Regierung mehr zu erwarten und zu verlangen, als sie nach der Verteilung der Machtverhältnisse im Reiche zu leisten vermag.

Die Unabhängige Sozialdemokratie geht ohne Überpanne Hoffnungen und mit dem Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit in diese Regierung. Sie ist entschlossen, ihre Pflicht zu tun und diese Pflicht an jenem Tage zu verlassen, an dem ihr das unmöglich gemacht würde. Mögen die Rechtssozialisten es nicht an entschiedenem Willen zur sozialistischen Politik, mögen es die Kommunisten nicht an vernünftiger Erwägung der realen Tatsachen fehlen lassen!

Die gestrigen Verhandlungen in Dresden zogen sich deshalb länger hinaus, weil die Rechtssozialisten ursprünglich unserer Partei das Ministerium des Innern nicht zugehen wollten. Sie boten ihr das Finanz-, das Kultus- und das Arbeitsministerium

an. Unsere Genossen waren aber mit Recht der Ansicht, daß das keine entsprechende Vertretung unserer Partei in der Regierung gewesen wäre, da dann die Rechtssozialisten neben der numerischen Mehrheit auch die beiden wichtigsten Ministerien, Ministerpräsidentenamt und Ministerium des Innern, in ihrer Hand vereinigt hätten. Es war eine billige Forderung, daß die USP eines dieser Ministerien erhielt. Dieser Forderung unseres Landesvorstands stimmte denn auch die Landesversammlung einstimmig zu. Die Vertretung der Rechtssozialisten, die aus Fraktion und Parteinständen bestand, trat darauf um 4 Uhr nachmittags noch einmal zusammen und entschlöß sich nach längeren Beratungen, die Forderung unserer Partei zu erfüllen. So kam es denn gegen 6 Uhr zu dem oben mitgeteilten Abkommen.

## Eine Hermes-Katastrophe im Reichstag.

Berlin, 7. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Es war klar, daß der Etat des Herrn Hermes einige erregte Szenen im Reichstag mit sich bringen würde, aber es konnte niemand ahnen, daß die politische Ungeheuerlichkeit des sogenannten deutschen Reichskanzlers es fast zur Regierungskrise kommen lassen würde. Das kam so: Herr Hermes las seine Rede vom Manuskript ab, die seine einzelnen Dezenten und Referenten ihm zusammengestellt hatten. Der Beifall der Rechten, wie die leise grockende, bevorstehende Entladung ankündigende Opposition der Linken ließ ihn kaum aufblitzen. Die Rechte hatte Grund zu ihrem Beifall. Herr Hermes ist dafür, daß die Stickstoffindustrie möglichst große Auslandsgewinne macht, deshalb möglichst viel Stickstoff exportiert, obwohl wir selber nicht genug haben. Mit einem Teil der großen Auslandsgewinne sollen dann die teuren ausländischen Lebensmittel verbilligt werden. Die Landwirtschaft kann inzwischen mit beliebig hohen Preisen immer aufs neue unsere Lebensmittelversorgung gefährden. Sehr sicher war Herr Hermes seiner Sache nicht und ab und zu schielte er ängstlich nach links, ob von dort die Katastrophe kommen würde. Und sie kam, kam unendlich viel übermächtiger als Herr Hermes je gedacht hatte. Der Abgeordnete und preußische Landwirtschaftsminister Braun las dem Ernährungsminister ein Kolleg, das selbst der bämühte Student begriffen hätte. Es sei Wahnsinn, Dünge-mittel auszuführen, solange unsere Stickstoffindustrie noch nicht genügend Düngemittel erzeuge für eine intensive landwirtschaftliche Produktion und Vollernte. Im Gegenteil, erklärte Braun, sind alle Düngemittel an die deutsche Landwirtschaft zu liefern und mit Reichsmitteln die Preise für die Düngemittel zu senken, um auf diese Weise die landwirtschaftlichen Herstellungskosten herabzubrechen und so eine Senkung der Lebensmittelpreise zu erzielen. Das war der Rechten höchst unsympathisch, denn das ließ für die Landwirtschaft Fortfall der Ausrede von den hohen Herstellungskosten zur Erzielung von Wucherpreisen und für die Stickstoffindustrie Verlust des Auslandsgeschäftes. Neben der prinzipiellen sollte Herrn Hermes aber auch eine sachliche Kritik an seiner Geschäftsführung nicht erspart bleiben. Der eigenartige Etat mit dem selbstamen Autokauf, die höchst unerquickliche Bestockung-affäre des Herrn Augustin, das alles mußte Herr Hermes nun auch im Plenum über sich ergehen lassen. Man kann verstehen, daß ihm dabei nicht sehr wohl war. Aber er hatte eine Hoffnung. Er als Minister hatte das Recht, jederzeit noch einmal in die Debatte einzufallen zu können also Braun noch zu antworten, während dieser nicht mehr zu Wort kam. Herr Hermes operierte also selbst drauf los, stellte alle Tatsachen so dar, daß sie hart auf der Grenze zwischen Wahrheit und Unwahrheit standen, manövierte mit dialektischer Geschicklichkeit um alle Klippen herum und wollte sich befriedigt auf seinen Platz setzen, um dem nächsten Fraktions-rebder die Fortsetzung der Debatte zu überlassen. Da ereignete sich die Ueberrahung. Herr Braun war Herrn Hermes auch an parlamentarischer Geschicklichkeit überlegen. Er hatte sich von seinem Abgeordnetenamt auf die Tribüne zu den Seiten der preußischen Regierung begeben, und da der Abgeordnete Braun nicht reden konnte, ergriff plötzlich der preußische Landwirtschaftsminister Braun das Wort. Auf der Rechten gestien entsetzte Entrüstungs-rufe auf. Darauf war Herr Hermes nicht gefaßt. Nun hagelte es auf ihn nieder. Der preußische Landwirtschaftsminister Braun begnügte sich mit einfachen Richtigerstellungen und beschränkte sich sorgfältig auf sein Recht. Aber es genügte, um Herrn Hermes völlig zuzubeden. Schreckensschweiß stürzte sein junger Mann aus Telefon. Alles Sachliche war verloren, nur Gefühlsmomente konnten noch retten. Also her mit dem Fraktionsminister für das Reichert Gefühl. Der Herr Reichskanzler wurde eiligst rittiert und er erschien im Vatikan. Der Herr Reichsernährungs-minister sammelte noch ein paar verlegene Worte und dann erhob sich Herr Fehrenbach. Mit dem Orgelton, mit dem er in Spa auf Cloud Georges Frage, wieviel Waffen Deutschland noch habe, antwortete: „Ich bin in Ehren grau geworden und will ehrlieh begraben werden“ beschrie er den preußischen Landwirtschafts-minister darüber, daß es ein ungeheuerliches Verbrechen sei, den Ernährungsminister anzuweisen. Der schlaue Fuchs Hermes freute sich im stillen. Er wußte wohl, daß Herr Fehrenbach in seiner pastoralen Heberhebung die Bedeutung der Worte nicht genau abzuschätzen wußte, und es entrang sich des Reichskanzlers gefühlvolles Brust denn auch der Satz: „Unter diesen Umständen wird es schwer, die Geschäfte des Reichstages in Ordnung weiterzuführen.“ Bei dieser Demissionsdrohung konnte man im Zweifel sein, was Herr Fehrenbach mit den Worten: „unter diesen Umständen“ verstand. Er konnte eigentlich nur die Vorkerkwahrung des Herrn Hermes meinen und wird sich darüber noch näher aussprechen müssen. Diesmal begnügte er sich damit, dreimal mit verhöfelter Stimme das Wort „Kleistartig“ herauszukufen, um dann zurückzuführen. Es war dem preußischen Landwirtschafts-minister ein Leichtes, Herrn Fehrenbach darüber zu belehren, daß er als Abgeordneter, der einen Ministerposten innehat, nach altem parlamentarischen Brauch sehr gut einmal als Minister und einmal als Abgeordneter sprechen könnte. Er würde sich jedenfalls als preußischer Minister das Recht nicht nehmen, die Ansichten seiner Partei mit allem Nachdruck zu vertreten. Herrn Fehrenbach war ein kleiner Irrtum passiert, er dachte, es sei noch oder schon wieder die gute alte Zeit, in der der Reichskanzler gleich-wilig Vorgesetzter der preußischen Minister war. Nun berät die Reichsregierung, wie man den Schaden wieder gutmachen kann den Herr Fehrenbach angeht hat; denn wenn Herr Hermes vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht bestehen kann, so wird das Fium Fehrenbach den Kopf kosten.

## Der Kommunisten-Parteitag.

Der dritte Verhandlungstag wurde mit Begrüßungsansprachen des Franzosen Aucaire und des Bulgaren Georgieff eröffnet, worin die deutschen Kommunisten als Vorkämpfer der dritten Internationale gefeiert wurden. Nach der Annahme einer Resolution, die zur Lebensmittel- und Geldsammlung für die internationalen Notleidenden aufforderte und die Solidarität des revolutionären deutschen Proletariats mit dem russischen zum Ausdruck bringt, sprach Roenen über: Die Dringlichkeit der Partei. Er bezeichnete als nächstes Ziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Aufgabe der Organisation müsse es sein, die Massen zu diesem Zweck zu mobilisieren. Roenen wandte sich gegen den bisher in der USP. vorhandenen Föderalismus und sagte, daß die kommunistische Partei eine zentralistische Zusammenballung aller Aktionen bringen werde. Bemerkenswert war die Bemerkung, daß die Parteizentrale auf „fester demokratischer Grundlage“ aufgebaut werden müsse. Allen Oppositionsbestrebungen innerhalb der Partei soll mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Rücksichtslose Disziplin müsse in der Partei herrschen.

Der vorgelegte Organisationsentwurf wurde ohne Debatte angenommen. Ebenso wurde ein vorgelegter Plan einer Einteilung des Reichsgebietes in 27 Bezirke genehmigt. Einen anderen Antrag, den Namen Vereinigte kommunistische Partei in kommunistische Partei Deutschlands umzuändern, lehnte man ab. Ueber die kommunistische Jugendbewegung referierte Hellmann. Er bezeichnete als Hauptaufgabe der Bewegung, einen zuversichtlichen kommunistischen Nachwuchs heranzubilden. Die in diesem Sinne gehaltenen vorgelegten Richtlinien wurden einstimmig gutgeheißen, ebenso die Leitsätze über die Arbeit in den Elternbeiträgen. Clara Zetkin führte dazu aus, die Frage der Elternbeiträge hänge zusammen mit einer hochpolitischen, der Schulfrage. Die Schulreform sei trotz der Novemberrevolution schändlich bankrott gegangen. Hier gelte es, endlich ein gegenrevolutionäres Element aus dem Wege zu räumen.

Ueber die Arbeitslosenfrage referierte Hedert. Er machte die Gewerkschaftsbureaokratie und die Rechtssozialisten für die schlimme Lage der Arbeitslosen mit verantwortlich, weil sie durch die Entlassung der Arbeiter den Widerstand der Bourgeoisie gegen die Arbeiterforderungen gestärkt und das rücksichtslose Vorgehen gegen die Arbeiter begünstigt hätten. Die SPD. solle die Führung der ziele- und führerlos gewordenen Arbeitslosen übernehmen, damit diese nicht den Zwecken der Kontroverrevolution dienbar gemacht würden. Unmittelbare Hilfe könne den Arbeitslosen nicht gebracht werden. Hedert erörterte dann die bekannten kommunistischen Forderungen, durch deren Erfüllung die Arbeitslosenfrage geregelt werden soll. Eigentümlich muelte die Bemerkung Hederts auf dem Parteitag der ehemaligen Antiparlamentarier an, daß die Vertreter in den Parlamenten die schärfsten Forderungen zugunsten der Arbeitslosen stellen und den bürgerlichen Staat zu Zwangsmahnahmen gegen den Kapitalismus zwingen müßten. Wenn es sich zeigte, daß der Bourgeoisstaat dazu nicht fähig sei, würden die Arbeiter von der Massen vom demokratischen Staat befreit werden. Aus der langen Debatte, die sich im allgemeinen in den gleichen Gebankengängen bewegte, sind die Ausführungen des Württembergers Rüd bemerkenswert, der Hedert vorwarf, daß er die Frage nur vom propagandistischen Standpunkt aus behandelt habe.

Interessant — besonders im Hinblick auf die von den Kommunisten in Sachsen gelegentlich der Regierungsbildung aufgestellten Forderungen — waren die Bemerkungen Rüds, daß das Proletariat, das in der Lage sei, gleich Entlohnung für Arbeitslose und Arbeiter durchzubringen, auch den kapitalistischen Staat über den Haufen werfen könne. Mit andern Worten gesagt: Wenn das Proletariat heute nicht in der Lage ist, den kapitalistischen Staat zu überwinden, hat es auch nicht die Macht, die von den Kommunisten aufgestellten Forderungen zugunsten der Arbeitslosen durchzusetzen. Dieses Einverständnis wird man sich merken müssen, wenn die Kommunisten dann, wenn sich die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer Forderungen zeigt, wieder in der gewohnten Weise über den „Verat“ der andern schreiben.

Zu seinem Schlusswort sagte Hedert u. a.: Wenn für den Kampf gegen Moskau Tausende ihr Blut lassen konnten, so würden auch Tausende sterben können, um den Arbeitslosen zu helfen, die Revolution zum Sieg zu bringen durch den Sturz des Kapitalismus.

Eine lange Resolution des Referenten zur Arbeitslosenfrage wurde einstimmig angenommen. Eine zweite Resolution, die sich schärf gegen die Auslieferung der Milliardensumme an die Hohenzollern wendet, fand ebenfalls einstimmige Annahme.

## Bereinigung der Demokraten mit der Sinnespartei?

Im Neudshurer Tagblatt wurde, wie wir dem Leipziger Tageblatt entnehmen, vor einigen Tagen die folgende Aufschrift des Generalsekretärs der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Vollstein veröffentlicht:

„In einer Anzahl von Artikeln in verschiedenen Zeitungen der Provinz ist in der letzten Zeit der Vorstoß eines Zusammen-schlusses der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen und der Schleswig-Holsteinischen Landespartei gemacht worden. Praktische Gestalt hat dieser Vorstoß durch einen Beschuß des Landesauschusses der Landespartei in Neumünster bekommen, nach dem letzterer an die andern Parteien mit einem bestimmten Antrage heranzutreten gedenkt. Die leitenden Organe der beiden Reichsparteien werden dann ja Gelegenheit haben, den Gedanken näher zu erörtern und entscheidende Beschlüsse zu fassen.“

Besonders beachtenswert ist die Antwort, die der Parteivorstand der Demokratischen Partei nach der demokratischen Partei-korrespondenz dem Vorstand der Landespartei gegeben hat. Darin heißt es:

„Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei dankt der Schleswig-Holsteinischen Landespartei für ihre Anregung. Er hat volles Verständnis dafür, daß es erdrückend wert ist, die unergültlichen deutschen Parteiverhältnisse durch Verständigung zwischen einander nebeneinander Parteien auf der Grundlage der Weimarer Verfassung und einer wahrhaft nationalen demokratischen, sozialen und liberalen Politik zu verbessern. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei gibt anheim, bei der Deutschen Volkspartei feitzustellen, ob dort die Voraussetzungen für die weitere Verfolgung dieser Gedanken vorhanden sind.“

Der Parteivorstand der Demokratischen Partei steht also der Anregung auf Zusammenhluß der sich nebeneinander Parteien nicht ablehnend gegenüber. Vor einigen Wochen noch, vor den sächsischen Landtagswahlen, wurde dieses „Nebeneinander“ von den Demokraten entschieden bestritten. Jetzt aber zeigt man volles Verständnis für eine Verständigung und für die Bestrebungen auf Zusammenhluß. „Zusammenhluß“ bedeutet aber bei dem immer rascher vor sich gehenden Verfall der Demokratischen Partei nichts anderes, als ein Aufgeben der Demokraten in der Sinnespartei, Große politische Wirkungen würde das Verwachen der Demokratischen Partei sicher nicht haben. Die Demokratische Partei hat längst keine Davolinsberechtigung mehr. Als ein äußeres Zeichen für die vollständige Aufgabe der demokratischen Idee durch das deutsche Bürgertum hätte der Zusammenhluß indes immerhin gewisse politische Bedeutung.

## Polenkinische Kulissen.

Unter den vielen dekorativen Vorschriften der Reichsverfassung steht auch Art. 59 das Anlagerecht des Reichstags gegen den Reichspräsidenten, Reichskanzler und Minister vor, wenn sie schuldhafterweise ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Verfolgung kann aber nur gestellt werden, wenn 100 Abgeordnete des Reichstags dies beantragen, zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sind

und von diesen zwei Drittel für den Antrag stimmen. Bei der Parteikonfession in Reichstag wird dieser Fall nie eintreten. Außerdem ist diese Bestimmung statos für eine parlamentarische Regierungsform, wo ein Minister durch Mehrheitsbeschluß aus- geschickt werden kann. Ferner ist die Fassung des Art. 50 so unklar, daß darunter auch das Begehen eines groben Unfalls ge- faßt werden kann, denn jede Straftat ist eine Verletzung eines Reichsgesetzes.

Zu dieser Klaffe soll nun eine weitere gestellt werden, näm- lich ein Staatsgerichtshof eingesetzt werden, der nun feststellen soll, ob einer der hohen Herren ein Reichsgesetz schuldhafterweise verletzt hat, in schweren Fällen soll das Verleihen öffentlicher Ämter untersagt werden können.

Der Gesetzentwurf für diesen Staatsgerichtshof war dem Aus- schuß des Reichstags (Staatsgerichtshof) überwiesen worden. Beantragt war von der U.S.P., die Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs durch den Reichstag vornehmen zu lassen, die Rechtssozialisten wollten dieses Recht unter Reichsrat und Reichstag verteilen, das Zentrum wollte die Richter wohl einem Senat des Reichsverwaltungsgerichtshofes und einem Teil zugewählter Richter übertragen, die Deutsche Volkspartei wollte die Anwälte beim Reichsgericht mit einbezogen wissen, während die Vorlage vorsieht, daß fünf Richter von der Regierung ernannt, fünf vom Reichsrat und fünf vom Reichstag gewählt werden.

Nach mehrstündiger Aussprache wurden alle Anträge bis auf keine redaktionelle Änderungen abgelehnt und schließlich der ganze Paragraph mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Das Schließen verstaubter Juristenperücken war erfolglos ge- blieben, die Verhandlungen mußten abgebrochen werden, weil dafür die Basis fehlte, aber in der zweiten Lesung wird die Klaffe wieder aufgerichtet werden, die ausgeschulte Theaterarbeiter des Reichstags eingeschlossen haben.

### Die Lage im Osten.

#### Rußlands Antwort auf Polens Demobilisierungs- forderung.

Aus Moskau wird gemeldet: Der polnische Minister des Auswärtigen, Siwiec, batte unter dem 26. November die Re- gierungen Rußlands und der Ukraine durch Funkpruch an- fordernd unverzüglich Neben-Infanterien zu demobilisieren. Die ukrainische und ukrainische Minister haben darauf in einem ge- meinsamen Funkpruch vom 2. Dezember zunächst ihrem Erkennen über den ungewöhnlichen Verlust, diplomatische Verhandlungen auf telegraphischem Wege zu führen, Ausdruck gegeben. Dann heißt es: Der Vertrag von Riga erlaubt den Bänden Weißruss und Balahowitsch, ihre militärischen Vorkontingenente unter dem Schutz der politischen Besatzungsgruppen auszuführen. Die Anfordernng, unverzüglich Neben-Infanterien zu demobilisieren, erweitert den Ein- druck, als ob der Fortsetzung der militärischen Operationen gegen Rußland und die Ukraine Vorzug gegeben werden soll. Durch die Bereitung Weißruss und Balahowitsch ist klar erwiesen, daß sich eine feindliche Reaktion gegen Rußland und die Ukraine vor- bereitet. Diese Reaktionen des Reiches haben auf uns so ent- schärfend gewirkt, daß wir sie kaum bei der Unterzeichnung des end- gültigen Friedens zwischen Polen einerseits und Rußland und der Ukraine andererseits vertragen werden. Es ist sehr wünschenswert, daß das Verhandlungsprogramm und die Bedingungen bald festge- legt werden, damit die endgültigen Verhandlungen beginnen können. Die Polen haben die Eröffnung der Friedensverhandlungen hinausgeschoben und weigern sich jetzt sogar, den Beginn der Verhandlungen bekanntzugeben. Hoffentlich werden diese Schwierig- keiten bald beseitigt werden. Vorher werden die russische und die ukrainische Regierung keinerlei militärische Garantien geben können. Rußland und die Ukraine sind von dem Bewußtsein durch- drungen, daß es das Beste ist, so bald wie möglich einen soliden Frieden in Riga zu schließen, wozu auch ihre Antwortnote über- landt worden ist.

#### Polnische Machinationen in Litauen.

Warschau, 6. Dezember. (D. E.) Die Regierung Jelligowskis macht offensichtlich den Versuch, die Abstimung im Wilnaer Ge- biet durch die eilige Ausschreibung von Wahlen zum Parlament von Mittel-Litauen zu hintertreiben, die noch vor dem Eintreffen der Besatzungsgruppen der Völkerbundskommission durchgeführt werden sollen. Preisversteigern gegenüber wandte sich Jelligowski gegen die Kontrollkommission des Völkerbundes und gegen den Gedanken der Volksabstimmung. Das beste Mittel, den Volks- willen zu erfahren, sei die Einberufung einer gewählten Körper- schaft. Die Verordnung Jelligowskis über die Seim-Wahlen ist bereits erlassen. Der Seim soll danach aus 108 Abgeordneten bestehen und bereits Mitte Januar in Wilna zusammentreten. Die Wahlen in den Ostprovinzen Mittel-Litauens, welche von den Truppen der kaiserlichen Regierung besetzt sind, sollen ausgeschrieben werden. Anfolgedessen würden vorläufig nur 85 Prozent der Be- völkerung an den Wahlen teilnehmen.

#### Wangels Flotte unter französischem Schutze.

Paris, 5. Dezember. (Savas.) Nach den letzten Nachrichten aus Sibirien ist die Flotte des Generals Wangel unter dem Schutze Frankreichs geblieben. Hauptstützpunkt der Kriegsschiffe ist Wlanka und der Handelsstützpunkt Toulon.

## Reichstag.

Berlin, den 6. Dezember 1920.

Am Regierungstisch: Hermann.

Ein Antrag auf Genehmigung zur Einleitung eines Straf- verfahrens gegen den Abg. Marcyk (D. Sp.) geht an den Geschäftsordnungsausschuss.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Abg. Dr. Suga (D. Sp.) folgende Erklärung ab: Ich habe nie als Leiter von der Reichslebensversicherung zum Zwecke der Propagierung der freien Wirtschaft erhalten. Beiträge, die mir von privater Seite gemacht wurden, sind von mir an die Parteileitung abgeführt worden.

Die Aussprache über die zweite Lesung des Reichshaushalt- planes wird fortgesetzt beim

Reichsernährungsministerium. Der Ausschuss schlägt eine Reihe von Entschärfungen vor. Da- nach wird die Regierung aufgefordert, unter Hinweis auf die Notwendigkeit, gegebenenfalls schärfste Maßnahmen zu treffen, auf die landwirtschaftlichen Berufsverbände einzuwirken, für die Ablieferung von Brotgetreide, Getreide und Hafer, ihren ganzen Ein- fluß einzusetzen. Im Hinblick auf die läge der Bevölkerungs- forderung soll ein Verbot für die gewerkschaftliche Herstellung von Kundengebäck erlassen werden. Weiter soll auf eine schnellere und billigere Uebermittlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse hin- gewirkt werden. Das Reichswehrgesetz soll im Sinne einer Erweiterung der Entschärfungspflicht abgeändert werden; schließlich soll noch die biologische Reichsanstalt besser ausgestatet werden.

Abg. Dobeid (D. Sp.) berichtet über die Ausfühverhand- lungen.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Her- man: Die Anträge der letzten Zeit auf die Politik des Reichs- ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hatten letzten Endes die Ursache in dem Willen und dem Willen des Zwangswirtschaft. Schon früher wurden unter Mithilfe des Reichsernährungs- ministeriums einschneidende Schritte zur Aufhebung der Kartof- felzwangswirtschaft getan. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die Vorkontingenente zum Abbau der Zwangswirtschaft fortgesetzt. Zunächst galt es, mit allen Mit- teln das Angebot von Nahrungsmitteln zu vergrößern. An sich wirkt die zwangswirtschaftliche Regelung auf die landwirtschaft- liche Produktion hemmend ein. Vom Standpunkt der landwirt-

chaftlichen Produktionsförderung entschärfte die Forderung der Landwirtschaft nach Abbau der Zwangswirtschaft nicht der Ver- zehrung, andererseits ist zu prüfen, inwieweit diese Forderung mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbar ist. Der Wider- stand der Landwirte einerseits, die Notwendigkeit der Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Verbraucher andererseits liegen den Schleichhandel wieder ausfüllen. Neben Landwirtschaft und Handel treten unter dem Einbruch des Verfalls der öffent- lichen Bewirtschaftung auch bedeutende Verbraucherorganisationen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft, so für Fleisch und Kar- toffeln, ein. Die Militär weiter Kreise zum Gedanken der Zwangswirtschaft herabte dann zum größten Teil auf dem ungün- stigen Umschwung im Stande unserer Wafta und auf den für den Winter in Aussicht stehenden Ernährungschwierigkeiten. Nach- Aufhebung der Zwangswirtschaft ist das Angebot an Lebens- mitteln bedeutend gestiegen. (Zuruf bei den U. Sp.): Sie sind aber viel zu teuer! Die Fleischpreise erreichen jetzt immer noch nicht die früheren Fleischhandelspreise. Heute begnügen sich weder die Schieber noch große Kreise der Arbeiterklasse mit jenen Mengen, die sie früher auf Märkten belamen. Der Preisabbau kann nicht bei der Landwirtschaft beginnen, ihm muß die allge- meine Gesundung der Wirtschaft vorangehen. (Zuruf bei den U. Sp.): Was nennen Sie gesund? Wichtig bleibt die Steiner- dung der landwirtschaftlichen Produktion, die industrielle Pro- duktion wird dann durch die landwirtschaftliche gehoben. Der Minister gibt dann Daten aus dem russischen Wirtschaftleben, bei denen er sich auf die Ausführungen Abrahamowitsch stützt. — Wir Getreide, Zucker, Butter und Milch muß die Zwangswirt- schaft noch bestehen bleiben. Die deutsche Landwirtschaft macht eine moralische Krise durch. Kartoffeln und Fleisch sind jetzt schon frei zu haben, ohne daß der Konsument irgendwelche Gesetze überlisten muß. Gegen die Schädlinge der Landwirtschaft und des Handels muß das Wehrgesetz vorgehen. Dabei müssen lokale Ausschüsse von Erzeugern und Verbrauchern helfen. Die Preis- prüfungsausschüsse sind auszubauen und die Exekutivmaßnahmen streng durchzuführen. — Die Brotgetreideernte beträgt etwa 7 Millionen Tonnen, zur Brotherstellung allein fehlen noch 350 000 Tonnen. Dieser Fehlbetrag wird noch dadurch erhöht, daß der Ernteertrag schon vor dem ersten August in Anspruch genommen worden ist. Abgeteilt sind bisher nur 288 000 Tonnen, gegen- über 1 116 000 Tonnen im Vorjahre. (Lebhaftes Hört, hört!) Gegenwärtig ist die Reichsgetreidekasse bemüht, auf Grund des Ernteergebnisses die Ablieferungspflicht festzusetzen. Die abzu- liefernde Menge wird wahrscheinlich insgesamt 1 1/2 Millionen Tonnen betragen. Die Ernte ist wesentlich schlechter als im Vor- jahre, für Roggen ist in manchen Gegenden geradezu von einer Mähernte zu sprechen. Der Mehl- und Schleimhandel wird durch die Mähernteverhältnisse geradezu unterbütet. Durch die Presse und die landwirtschaftlichen Organisationen soll durch eine umfassende Propaganda den Landwirten die Notwendigkeit einer verstärkten Ablieferung vor Augen geführt werden. Ferner sollen die Landes- zentralbehörden ihre Stellen gleichfalls zu einer solchen Ein- wirkung anhalten und gegen säumige Lieferung und unerlaubten Verbrauch nachdrücklich vorgehen. Die Landesregierungen wurden ersucht, zur Revision der Mähernteverhältnisse genügt pol- zeitliche Hilfe bereitzustellen. Der Ausdruck wurde durch die Reichsgetreidekasse bis zu einem bestimmten Termin verlangt, sie wird besondere Druckstellen zur Verfügung stellen, jeder Landwirt, der seiner Lieferungsfrist nachgekommen ist, wird für jeden darüber hinaus abgelieferten Zentner Brotgetreide einen Zentner Mais zu verbilligtem Preise erhalten, um der Gefahr der Verfäulnis von Brotgetreide zu steuern. Der Fehlbetrag von Brotgetreide, der aus dem Auslande eingeführt werden muß, be- trägt rund 2 Millionen Tonnen. Von einem bedrohlichem Zu- sammenbruch unserer Brotgetreideversorgung im besonderen und der Ernährungswirtschaft überhaupt kann keine Rede sein. Aller- dings müssen wir an der strengen Zentralisation der Mehlzufuhr festhalten, wozu uns die Angebote der Bäder ganz besonders veranlassen. Der Wert der für 1920 aneuernten Auslandsgetreide- menge beträgt 6 Milliarden Mk. Der Düngemittelbedarf konnte zum größten Teil gedeckt werden. Die Abnahme ist hier verschwindend. Allerdings ist der Preis sehr hoch, so beträgt er z. B. bei den Phosphaten das 32fache des Friedens. (Hört, hört!) Wenn auch ein genauer Ueberblick erst im Frühjahr gewonnen werden kann, so sind die Ausichten dennoch angesichts der starken Produktionssteigerung nicht schlecht. Während z. B. die Erzeugung von Stickstoffdünger 1918 92 000 Tonnen betrug, liegt sie im Jahre 1919 auf 120 000 Tonnen, im Jahre 1920 auf 157 000 Tonnen und wird im kommenden Jahre voraussichtlich 170 000 Tonnen be- tragen, gegenüber einem Friedensbetrag von 210 000 Tonnen. Es ist darum auch nicht richtig, die Preise für Kunststoffe mittels Reichszuschüssen zu verbilligen. Da die Aufwendungen für Kunst- düngung nur 14 Prozent der landwirtschaftlichen Produktions- kosten betragen, so sind die Produktionskosten in der Landwirt- schaft nicht in höherem Maße gestiegen, als die wahren Preise. Es wird umgekehrt eine steigende Ausfuhr wieder einsehen können, bei der natürlich in erster Linie die Interessen der deutschen Land- wirtschaft berücksichtigt werden müssen, ebenso die Preisgestaltung angesichts der deutschen Wafta. Die Sicherstellung der Einfuhr von Knochenphosphaten ist besonders wichtig, ebenso eine Stabilisie- rung der gesamten Düngemittelpreise, denn nur auf diese Art kann eine Sicherung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeug- nisse erzielt werden. (Beifall.)

Abg. Braun-Diffendorf (Soz.): Wir müssen uns darüber klar sein, daß wenn wir nicht mit einem fühlbaren Auf die ganze Wirtschaftsmaschine umstellen, wir unrettbar in den Abgrund laufen. (Sehr richtig!) Der Wahn muß verschwinden, daß man sich durch Papiergeld retten kann. (Sehr richtig!) Neben andern Ursachen der heutigen Entwicklung, die noch immer dadurch ge- kennzeichnet ist, daß wir noch immer viel weniger produzieren, als wir verbrauchen, ist die Hauptursache die Verarmung unseres Bodens. (Sehr wahr!) Die großen Erfolge vor dem Kriege ver- danken wir vor allem der guten Düngung, insbesondere der Zu- führung künstlicher Düngemittel. Hier muß der Hebel angelegt werden, um von der noch immer weiter um sich greifenden ex- tensiven Wirtschaft wieder zu einer intensiven zu gelangen. (Sehr wahr!) Deshalb ist es geradezu unheimlich, von der Ausfuhr künstlicher Düngemittel zu sprechen, solange der deutsche Boden noch nicht wieder auf seine fruchtbarste Leistungsfähigkeit gebracht worden ist. Und es ist einfach läge zu behaupten, daß der Düngemittelbedarf der deutschen Landwirtschaft befriedigt ist. (Sehr richtig!) Solange Grund und Boden noch im Privatbesitz ist, müssen wir die Landwirte dazu anregen, möglichst intensiv zu wirtschaften. Das kann nur geschehen, wenn man ihnen Düngemittel zu ermäßigten Preisen zur Verfügung stellt. Das ist meiner Meinung nach nur möglich, wenn das Reich die Her- stellung und Lieferung billiger Düngemittel in die Hand nimmt. (Sehr richtig! Infs.) Die Ueberführung der Düngemittel- industrie auf das Reich ist leichter als jede andre Ueberführung möglich, da die Mehrzahl der im Kriege entstandenen Groß- betriebe noch Staatsbesitz ist. (Sehr richtig!) Hier wären die 15 Milliarden viel besser aufgewandt als für Verbilligung der ausländischen eingeführten Nahrungsmittel, die nur den aus- ländischen Lieferanten und einigen Exportfirmen zugute kommen. (Sehr richtig!) Nebener beweist dann an Hand reicher Zahlen- materials die große Wirtschaftlichkeit eines solchen Mones, durch die nicht nur 6 433 000 Tonnen mehr Getreide erzeugt werden könnten, sondern erwerdem noch eine Verbilligung um 20 Milliar- den gegenüber dem Auslandspreise eintreten mü-ße. (Hört, hört!) Nur auf eine solche Weise können wir zu einem Preisabbau der Lebensmittel und damit zu einem allgemeinen Preisabbau kommen. Wenn die Rechte plötzlich gegen meine Vorkontingente Stellung nimmt, so beweist dies nur, daß es sich hier nicht um eine „Liebes- gabe für die Landwirte“ handelt, sondern um eine echte Liebes- gabe für das ganze deutsche Volk. (Sehr richtig!) Nebener bringt dann noch eine Reihe von Zahlen, die beweisen, daß der Düngemittelbedarf der deutschen Landwirtschaft im Verhältnis zur Vor- kriegszeit noch nicht gedeckt ist, ganz abgesehen von dem durch mangelnde Düngung während der Kriegszeit erlittenen Verlust. Eine Stabilisierung der heutigen Preise wollen wir eben nicht.

denn sie sind anormal. (Sehr richtig!) Auch der Reichswirt- schaftsrat, und selbst das Reichsamt haben sich mit meiner Denkschrift über die Verbilligung der Düngemittel an die Land- wirtschaft auseinandergesetzt, und zwar in positiver Weise als dies der Herr Reichsernährungsminister tat. Nebener kommt dann auf den Fall Dr. Ramm—Schelmerrot Augustin zu sprechen und weist die Angriffe gegen den Unterstaatssekretär auf das un- schärfste zurück. Die Korruption und Verschwendung ist seit dem Kriege außerordentlich geblieben. (Zuruf rechts: seit dem 9. No- vember.) In der Presse des Herrn Dr. Helfferich sind heilige Angelegenheiten misch gerichtet worden wegen meiner Vorkontingente zur Verbilligung der Nahrungsmittel durch Herabsetzung der Düngemittelpreise. Wir müssen unter allen Umständen schnell handeln, um aus der Sklaverei des Auslandes herauszukommen und die eigene Bevölkerung mit möglichst billigen Nahrungs- mitteln vorzuliegen zu können.

Reichsernährungsminister Dr. Hermann weist die Vorkontingente des Vorkontingente im Falle Augustin entschieden zurück. Der Herr Minister gibt eine eingehende Darstellung des Falles Augustin vom Standpunkt des Reichsernährungsministeriums und erklärt, hoffentlich bald Gelegenheit zu haben, die gerichtliche Arbeit zu erlangen. Meine Zahlen über die Düngemittelindustrie sind richtig, sie stammen aus der jüngsten Zeit. Eine Kontrolle der Herstellungskosten in der Industrie ist wohl möglich. Im Gegen- satz zum Herrn Abg. Braun habe ich aus der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats eine ablehnende Haltung zu den Traan- schen Vorkontingente entnommen. Wir dürfen nicht nur an die Er- fassung und Verteilung der Produktion denken, sondern an die Förderung der Produktion. (Sehr gut! rechts.) Diese Förderung werden wir auch der Düngemittel- und Futtermittelproduktion zuteil werden lassen. (Leb. Beifall rechts.)

Preußischer Ministerpräsident Braun (Mitte links): Die An- gabe des Herrn Reichsernährungsministers gegen das preußische Landwirtschaftsministerium zuzunehmen, dazu Stellung zu nehmen Die Unklarheit, vor der der Herr Minister steht, ist in Wirklichkeit die Ausfuhrfrage und ich stelle fest, daß das Einlegen einer Düngemittelausfuhr noch lange nicht die Sättigung der deutschen Landwirtschaft mit künstlichem Dünger darunt. In einer Konferenz der Landwirtschaftsminister hat sich die große Mehrheit, insbesondere die Ernährungsminister der großen Staaten wie Bayern usw., für meine Vorkontingente ausgesprochen. (Hört, hört!) Es ist selbstverständlich, daß es nur auf eine Er- höhung der Produktion ankommt, jedoch sind dazu Vorkontingente nötig, und dazu dient ja eben mein Vorkontingente. — Zum Fall Ramm—Augustin erkläre ich, daß ich vor Entscheid des Gerichts nicht Anlaß habe, an der Darstellung meines Staatssekretärs zu zweifeln, um so mehr, als sie die wahrscheinlichere ist. (Sehr richtig! Infs.)

Reichsernährungsminister Hermann bleibt bei seiner Dar- stellung des Falles bestehen. Der gerichtlichen Klärung siehe ich mit voller Ruhe entgegen. Betreffs der Unklarheit ist mir ein Irrtum unterlaufen, jedoch muß berichtigt werden, daß seit der letzten Preisfestsetzung in der Stickstoffindustrie die Ge- stehungskosten außerordentlich gestiegen sind. (Sehr richtig!)

Reichsanzler Dr. Lehmann: Den Abschluß, den diese De- batte genommen hat, bezaure ich aufs tiefste. (Sehr richtig! rechts.) Es wird mir nicht leicht, in die Rechte des Abg. Braun einzutreten, aber ich darf wohl die Bemerkung machen, daß auch der Abg. Braun, wenn er hier als Abgeordneter sprach und seine Angriffe gegen den Reichsernährungsminister richtete, sich dar- über klar sein muß, daß er vielleicht in die Lage kommen würde, auch als preußischer Landwirtschaftsminister und Ministers- präsident zu sprechen. Wie kann eine gesunde Preispolitik be- trieben werden, wenn die verantwortlichen Stellen des Reichs und des größten Bundesstaates sich in dieser bedauerlichen Weise gegenüberstellen. Und die Preispolitik von seiten eines Ab- geordneten, der zugleich Ministerpräsident eines Landes ist, in dieser Weise angegriffen wird. (Beifall rechts und in der Mitte. — Lachen und Anrufe Infs.) Es ist nicht möglich, die Ange- legenheit im Reichs geteilt weiterzuführen zu können, wenn solche Vorkontingente wiederholen sollen. (Leb. Beifall rechts und in der Mitte. — Lachen, Anrufe, Widerspruch und Zwischenrufe Infs.)

Preußischer Minister Braun: Der Umstand, daß ich preußischer Landwirtschaftsminister bin (Zuruf rechts: selber!), kann mich nicht hindern, die Stellung meiner Fraktion zu diesen Fragen mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Im parlamentarischen Regime, wo Minister zugleich Abgeordnete sind, werden sich solche Vorgänge öfters wiederholen, wie es sich ja in Weimar bereits bei Erzbürger gezeigt hat. Was ich als Abgeordneter ausgeführt habe, war durchaus sachlich, und soweit es persönlicher Natur war, es ist nicht Angriff, sondern Uebwehr. (Sehr richtig! und Beifall Infs.) Das war um so notwendiger, als man im Haupt- anspruch meinen Herrn Staatssekretär nicht einmal angehört hat. Ich bezaure die Differenzen zwischen dem Reichsernährungs- ministerium und meinem Ministerium, aber davon frage nicht ich Schuld, sondern gewisse Kreise, die ein Interesse daran haben, diesen Gegenstand hervorzuziehen und zu erhalten. Ich hoffe, daß in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem Ernährungsministerium eine bessere sein wird.

Abg. Henke (U.S.P.): Im Namen meiner Fraktion erkläre ich, daß wir es bedauern, daß der Herr Reichsminister in höchst- ster Weise gegen den Herrn Minister Braun Stellung genommen hat. (Sehr richtig! Infs.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen werden die Be- ratungen abgebrochen — Nächste Sitzung Dienstag, 7. Dezember, 12 Uhr. 1. Anzeigen, 2. Entwurf des Konstitutionsgesetzes, 3. Fortsetzung der Auswärtige über das Reichsernährungs- ministerium. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Von Nah und Fern.

#### Explosion in einem Sprengstoffwerk.

Neumarkt (Oberpfalz), 7. Dezember. (M.) In den Bayerischen Sprengstoffwerken Neumarkt explodierte gestern nachmittags gegen 4 Uhr aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Mischraum. Bis- her sind drei Tote geborgen und etwa zehn Schwerverwundete, Hunderte erlitten leichtere Verletzungen. Die Gebäude sind stark demoliert, doch wird der Betrieb zum Teil aufrechterhalten. Im Mischwerk Neumarkt führte durch die Explosion eine Mauer ein. Zwei Arbeiter wurden dabei schwer verletzt. In der ganzen Stadt wurden Fensterscheiben und Schaufenster zertrümmert.

München, 7. Dezember. Beim Zerlegen von italienischer Reutemunition ereignete sich gestern, wie die Münchener-Ansch. Abendzeitung meldet, auf dem Baer Feld durch die Explosion einer Handgranate ein schwerer Unfallsfall, wobei zwei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Wien (D. S.), 6. Dezember. Beim Abbäumen eines Gekters auf der Brandenburgerstraße in Ruda ausgebrochenen Brandes er- folgte eine Explosion, durch die sieben Personen getötet wurden.

Bielefeld (M.) 6. Dezember. In dem Schwarzwaldort Rippoldsau hat der Fabrikant Menrad aus Wülfingen infolge finanzieller Schwierigkeiten im Einverständnis mit seiner Frau diese, seine drei kleinen Kinder im Alter von ein bis drei Jahren und dann sich selbst erschossen.

Verbrechen eines betrunkenen Oberleutnants. Breslau, 7. Dezember. Der Oberleutnant Wölke warf in betrunkenem Zustand eine Handgranate in einer Garküche, in der ihm die Verabreichung von Schnaps verweigert worden war. Durch die Explosion wurden zwei Personen getötet und sechs verwundet. Der Täter wurde verhaftet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Klefner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Weller, Vorkontingente Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

### Mitläufige Bekanntmachungen.

Wie bisher soll auch in diesem Jahre an den Tagen vom 17. bis 21. Dezember der Straßenhandel mit Spielwaren, Christbaumkugeln und dergleichen auch mit anderen feinsten Bedarfsartikeln in einzelnen der sonst dafür reservierten Straßen nachgelassen werden. Zur Vermeidung der früher dabei auftretenden Missstände wird er aber nur an bestimmten Standorten geduldet. Die Plätze werden den Händlern gegen Zahlung einer Erlaubnisgebühr von 3 Mk. von der Inspektion der Polizeidivision im Neuen Rathaus, Untergeschoss, Zimmer Nr. 36, zugewiesen, wo während der Geschäftsstunden vormittags von 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr mündlich darum nachgesucht werden kann. Erlaubnisformen werden

nur an hiesige Händler und nur nach Vorweisung des polizeilichen Wohnungswelcheines abgegeben. Die Vorkaufnahme und das Anstellen von Spielwaren auf den Plätzen ist verboten. Vom Wagen aus darf im allgemeinen nicht verkauft werden.

Händler, die ohne Erlaubnisform oder an anderen als den ihnen zugewiesenen Plätzen oder auf ihren Standorten mit Wagen, von denen aus sie handeln, betreiben werden, haben ihre Beweissung und Bestrafung nach § 111, 112, 113, 151 der Verkehrsordnung anzuwenden. R. V. A. Weiswig, am 6. 12. 20. Der Rat der Stadt Weiswig.

Der Kleinverkaufpreis für die Butter auf Frankfurter Marken erhöht sich von dieser Woche ab auf 24 Mk. für das Pfund.

Ernährungsamt Weiswig, am 7. Dezember 1920. Markfränkdt. Auf Grund der Verordnung des Demobilisationskommissars vom 26. April 1920 - Meldung aller offenen Stellen

an den zuständigen Arbeitsnachweis - und der Bestimmungen über den Aushilfsdienst wird zur Hebung der Notlage der Berufsmusiker für den Stadtbezirk Markfränkdt. folgendes angeordnet:

1. Wer in der Stadt Markfränkdt. in Gast- oder Schankwirtschaften, Theatern, Musikantenhäusern oder an öffentlichen Orten Musiker gegen Entgelt beschäftigen will, muss zunächst die Berufs- und erwerbslosen Musiker beschäftigen. Erst wenn diese Berufs- und erwerbslosen Musiker voll beschäftigt sind, oder wenn erforderliche Instrumente nicht beschaffen werden können, dürfen andere Musiker vom Arbeitgeber eingestellt werden.
2. Zur Durchführung dieser Maßnahmen haben die Arbeitgeber im Sinne der Verordnung vom 26. April 1920, § 1 (Saalnhaber, Vereinsvorstände, Kinobesitzer, Theaterunternehmer und dergl.) ihren Bedarf an Musikern beim hiesigen städtischen Arbeitsnachweis, Weisbachweg 1, unter Flügel, in den Dienststunden vorm. 9-1/2 Uhr, nachm. 3-6 Uhr, anzumelden.

3. Ebenso haben sich dort alle Berufs- und erwerbslosen Musiker, die Beschäftigung finden wollen, anzumelden.

4. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für beide Teile unentgeltlich und in vollkommen unparteiischer Weise.

5. Über diesen Anordnungen zu verhandeln, wird nach den Bestimmungen der Verordnung des Demobilisationskommissars der Kreisbauernschaft Leipzig vom 26. Januar 1920 und vom 20. April 1920, Ziffer 7, bestraft. Es erfolgt unanlässlich Strafanzahlung beim Demobilisationskommissar.

6. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 15. Dezember 1920 in Kraft.

Markfränkdt., am 2. 12. 20. Der Stadtrat.

**Sparkasse Thieka (Rathaus).**  
Tägl. Verzinsung: 3% Pros. - Kontrollmarken.\*  
Geschäftszeit: Werktags 8-3, Sonnabends 8-2 Uhr.

# Metallarbeiter

## Betriebsräte und Funktionäre.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr

**Versammlung im Volkshaus, Zeiber Str. 32, I.**  
Die Ortsverwaltung.

### U.S.P.D. Gross-Leipzig

Leipzig, Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr.  
Diskussionsabend im Schwarzen Jäger (Heiner Saal). Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand: J. A.: Rud. Fischer.

### Metallarbeiter

**Verband**  
Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zeiber Str. 32, I. statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Verbands im letzten Jahre. 2. Bericht über die finanzielle Lage des Verbands. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebsräte. 4. Bericht über die Tätigkeit der Funktionäre. 5. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 6. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 7. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 8. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 9. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 10. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 11. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 12. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 13. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 14. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 15. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 16. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 17. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 18. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 19. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 20. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 21. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 22. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 23. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 24. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 25. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 26. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 27. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 28. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 29. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 30. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 31. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 32. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 33. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 34. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 35. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 36. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 37. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 38. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 39. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 40. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 41. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 42. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 43. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 44. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 45. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 46. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 47. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 48. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 49. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 50. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 51. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 52. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 53. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 54. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 55. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 56. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 57. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 58. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 59. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 60. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 61. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 62. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 63. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 64. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 65. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 66. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 67. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 68. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 69. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 70. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 71. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 72. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 73. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 74. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 75. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 76. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 77. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 78. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 79. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 80. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 81. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 82. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 83. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 84. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 85. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 86. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 87. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 88. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 89. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 90. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 91. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 92. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 93. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 94. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 95. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 96. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 97. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 98. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 99. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien. 100. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften.

### Bauschloffer und Anschläger

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant „Edel Koch“ und „Kaffeehaus“, Versammlung aller in den Leipziger Bauhandwerken Beschäftigten und Anschläger. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 2. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 3. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 4. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 5. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 6. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 7. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 8. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 9. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 10. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 11. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 12. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 13. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 14. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 15. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 16. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 17. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 18. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 19. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 20. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 21. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 22. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 23. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 24. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 25. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 26. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 27. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 28. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 29. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 30. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 31. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 32. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 33. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 34. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 35. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 36. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 37. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 38. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 39. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 40. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 41. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 42. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 43. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 44. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 45. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 46. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 47. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 48. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 49. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 50. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 51. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 52. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 53. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 54. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 55. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 56. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 57. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 58. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 59. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 60. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 61. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 62. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 63. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 64. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 65. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 66. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 67. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 68. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 69. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 70. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 71. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 72. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 73. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 74. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 75. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 76. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 77. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 78. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 79. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 80. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 81. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 82. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 83. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 84. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 85. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 86. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 87. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 88. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 89. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 90. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 91. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 92. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 93. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 94. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 95. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 96. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 97. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 98. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger. 99. Bericht über die Tätigkeit der Bauhandwerke. 100. Bericht über die Tätigkeit der Anschläger.

### Städtische Betriebe

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung im Volkshaus.

### Metallbrüder

Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Mehrwert-Theorie. Von: Fleißner. 2. Berufsangelegenheiten. Um mündliches und schriftliches Erscheinen ersucht die Kommission.

### Werkzeugmacher und Einrichter

Freitag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte. Tagesordnung: 1. Vortrag: Kirche und Schule. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Komitee.

### Statutenberatungs-Kommission

Freitag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

### Elektromonteur und Helfer

Sonntag, den 11. Dezember, abends 6 Uhr, Volkshaus, Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensmänner.

### Brandis und Umgegend

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 5 Uhr, Versammlung im Parkhäuser.

### Leipzig

Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, Versammlung im Löwen. Das Agitationskomitee Weiswig-Dit.

### In der Lotterie des Kammerwärtersvereins Leipzig-Schleußig

am 5. Dezember sind folgende Nummern gezogen worden:

1 2 14 25 34 35 51 65 67 82 100 103 41 62 95 211  
37 45 61 66 67 85 91 99 22 43 48 53 54 65 96 416 23  
45 48 55 62 65 66 87 507 11 13 14 45 47 69 602 08 09  
13 33 35 52 60 62 714 19 24 45 52 54 61 801 05 23 27  
33 37 41 43 54 58 99 915 27 38 48 60 61 92 1002 05 17  
29 50 63 73 75 77 79 85 92 93 1100 06 19 36 37 38 44  
48 57 58 59 60 65 68 72 84 90 92 1201 10 15 23 31 40  
55 54 64 81 83 95 1312 23 55 70 75 80 81 1401 02 14  
20 22 26 29 71 81 90 91 94 98 99 1506 17 20 58 79 81 82  
1612 14 31 34 40 55 57 62 78 80 86 87 90 94 99 1718  
21 26 35 39 45 50 55 62 67 85 87 1800 08 14 29 30 34  
52 62 69 73 88 1916 21 27 33 47 56 58 64 80 88.

### Anteilscheine grau

Sonntag, den 12. Dezember 1920 im Vereinshaus vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr ausgesetzt. Nicht vorgelegte Anteilscheine verlassen zugunsten der Vereinskasse. Der Vorstand.

### Süßrahm-Margarine wie Butter

Fortuna, Lobnauer Tunnel, Bld. 15 Nr. 22, Erdgeschoss, 22, Ecke Turnerstraße.

Feinleder, Pld. Mk. 19.-, Bei Wehrbach, Bismarckstr. 30, Tel. 3683, u. Markt 76. Sohlenleder! Billig! N. Flam, Katharinenstr. 14, Ladeneing. Wölffergäßchen.

**Lichtspiele**  
**Bornaische Str.**  
Heute bis Donnerstag bestimmt  
**Das Mädchen aus der Ackerstraße II. Teil**  
Hierzu ein reizendes Lustspiel.

**Lichtspiele**  
**Schleußig**  
Ab heute bis Donnerstag:  
**Entblätterte Blüten**  
Großes Sittendrama in 6 Akten.  
Hauptrolle: Mia Pankau.  
**Der seltsame Gast**  
Drama in 4 Akten.

**Müller u. Schulze über Gasverbrauch.**  
Müller: Sagen Sie mal, wie mache ich, daß ich weniger Gas verbrauche? Habe eine Rechnung von 380 Mark.  
Schulze: Da kaufen Sie sich für nur 3 Mark den **Gassparor „AZ“**, der spart 50 Proz. Gas.  
Müller: Ich habe doch einen Gassparor, den brauchen mir Haushalter für 5 Mark ins Haus.  
Schulze: Da sind Sie „angelamiert“ worden! Schmeißen Sie diesen heraus und kaufen Sie **AZ-Gassparor**. Den bekommen Sie in jeder Eisenhandlung für 1 Mk. u. wenn nicht, senden Sie 1 Mk. u. für Porto 50 Pfg. extra an: **Fr. Naumann, Leipzig, Schirmerstr. 3, Lab.**

**41 a Witschel's Fischhaus 41 a**  
Plagw., Zschochersche Str.  
Aus vom Fangboot direkt eintreffendem Wagnon empfehle:  
Blutfische, ungefalzene grüne Heringe 3.10 Pfund nur Mk.  
Krauthahn eine Delikatesse, Pfund nur Mk. 2.10  
Blutfischen Mittelscheffel Pfund 3.50  
Seelachs zu Roteletts . . . . . Pfund 3.80  
Ferner empfehle:  
la Norweger Vorkheringe 1.50 Pfund nur Mk.  
Hogen. deutsche Matjes . . . . . Pfund 5.50  
Heringsmilch zum Marinieren . . . . . Pfund 1.20  
Heringsrogen zum Braten . . . . . Pfund 1.00  
Alle Fischpreise bedeutend gesunken.

**Für Weihnachten**  
**Musik-Instrumente**  
Violinen  
Mandolinen  
Gitarren :: Lauten  
die jetzt so beliebten Hausinstrumente, die leicht zu erlernen sind.  
Zithern, Ziehharmonikas, Trommeln  
Futterale für alle Instrumente.  
**A. Zuleger Leipzig, Königsplatz 6**  
gegr. 1872

**Bruchkranke** 210.- 218.-  
können ohne Operation u. Berufsvermeidung geheilt werden. Sprechst. in Leipzig. Hotel Frühlich, Wintergartenstr. 14, am 11. Dez. 20. von 9 bis 1 Uhr.  
**Dr. med. Knopf**  
Spezialarzt f. Bruchleiden.

**Sport** 210.- 218.-  
Zigaretten 400.- Mk. (Egale)  
Wils Goldh. 520.-, Neben-Gelberheld. Ba. Rauchtabak 25.-, Zigaretten ab 600.- Mk.  
**Günstig für Garkörte.**  
J. V. D. u. Tosta m. Goldm. Mann, Gottschalkstr. 25.

# Osten.

## 2 große Elternversammlungen

Tagesordnung in beiden Versammlungen:  
„Dogmatischer Religionsunterricht oder religionsgeschichtlicher Moralunterricht?“  
Dienstag, 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in den Drei Mohren, L.-Anger, Breite Straße, für die 11., 12., 13., 17. und 25. Volksschule.  
Referent: Herr Lehrer **Piloz.**

Mittwoch, 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in Kahlers Festhallen, L.-Volksmarsdorf, Ellabethstraße 13, für die 14., 15., 16., 19., 20. u. 53. Volksschule.  
Referent: Herr Lehrer **Wetzl.**  
Eltern! Da in dem letzten Kampf um die weltliche Schule in diesen Tagen die Würfel fallen, sollen diese Versammlungen nochmals zur Aufklärung dienen. Wir erwarten daher von den Eltern obiger Volksschulen einen recht zahlreichen Besuch. Die Herren Geistlichen sind zu diesen Versammlungen besonders geladen.  
Die Mitglieder der Elternräte obiger Volksschulen, die auf dem Boden der weltlichen Schule stehen.

**Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig**  
U.S.P.D.  
Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr  
**Mitglieder = Versammlung**  
in den Westendhallen.  
Tagesordnung:  
1. Die gegenwärtige politische Lage u. die Regierungsbildung in Sachsen  
Referent: Genosse **August Kroneberg.**  
2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Reise-Taschen**  
aus prima Rindleder und starkem Segeltuch  
Eigene solide Fabrikate  
Grösste Auswahl „Billigste Preise“  
**Karl Blaich**  
Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16  
Koffer- und Lederwaren-Fabrik.

**Eröffnung**  
des heizbaren Holz-Winterbaues  
Gross-Wanderschau  
**Circus Henny-Henry**  
Donnerstag, den 9. Dezember  
abends 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf Zig.-Gesoh. Preesler, Augustuspl. 1.  
Tägl. ab 9 1/2 Uhr vorm.  
**Raubtierschau.**

**Grosse Wanderschau**  
**Circus Henny-Henry's**  
heißbarer Holzwinterbau sucht  
Fleisch für die Raubtiere u. Futter für ergötliche Tiere und den Marzfall.  
Meldungen im Bureauwagen Mesopot.

**Familien-Nachrichten**  
Die glückliche Geburt eines Stammhalters zeigen hierdurch an  
I.-Kleinzschocher, Hirzelstr. 8  
**Josef Typolt und Frau geb. Uilmann.**

**Todesanzeige.** Heute früh entschlief nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau  
**Emilie Metzner geb. Franz**  
Leipzig-Bo., Rabet 29, H., 6. Dezember 1920  
Dies selgt in tiefstem Schmerz an  
**Albin Metzner**  
im Namen aller Angehörigen.  
Beerdigung findet Donnerstag, mittags 1/2 Uhr, von der Halle des Trinitatisfriedhofes aus statt.  
Gütlich zugegebene Blumenpenden bitte Rabet 29, II. Etage, abzugeben.

Nach langer schwerer Krankheit verstarb heute unser Mitarbeiter, Herr  
**Friedrich Dankau**  
Während seiner langjährigen Tätigkeit hat er stets das Interesse unserer Genossenschaft im Auge gehabt.  
Sein ruhiger, edler Charakter sichert ihm ein ehrendes Andenken.  
Leipzig-Plagwitz, den 6. Dezember 1920.  
**Die Gesamtverwaltung und das Personal des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H.**

**Schnell und unerwartet verstarb in der Frauenklinik Sonntagabend 7 Uhr im Alter von 35 Jahren meine liebe Frau, unsere gute Mutter**  
**Anna Burckhardt**  
v. Schönefeld, Wöhlstraße 28, v.  
**Karl Burckhardt** nebst 4 Kindern u. Angehörigen.  
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt. - Kranzpenden werden dankend abgelehnt.

Bei Mindesteinkauf von 15 Mk.  
1 Abreißkalendarium gratis!  
100 Räuberpokarten. 2.50  
100 Feinschokolade. 2.50  
100 Weihnachtspost. 3.-  
100 einfache Spielzeuge. 2.50  
100 weiche Umhänge. 1.50  
Brechtsticker m. Bild. 1.50  
Wachstuchstücke. . . . . m. 0.50  
Puppenzubehöre. m. 0.25  
Puppenzubehöre. m. 0.75  
Körner-Eisenstränge. - 60c

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Leipzig-Mockau. Mittwoch, den 8. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, im Ratskeller, Frauenbildungsabend. Referat der Genossin Gerber über Frauenkrankheiten.

Leipzig-Mitt. Heute Frauenbildungsabend im Gambinuso, 29. Genosse Blotze spricht über Einführung in die sozialistische Gedankenwelt.

Bildungsausflug. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr: Sitzung im Geschäftszimmer, Braustraße 17. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Gruppenrat 12, staatliche und kommunale Behörden. Mittwoch, den 8. Dezember, Gruppenratsitzung im Volkshaus, Billardzimmer, abends 7 Uhr.

Kursus Joblenst. Unterricht Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus, letzter Abend. — Der zweite Kursus Arbeiterrecht beginnt Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus. Meldungen können noch bei den Gewerkschaften angebracht werden.

Die Schlichtungsausschüsse werden ersucht, an der heute abend im Volkshaus stattfindenden Sitzung der Gewerkschaftsbeiräte teilzunehmen. Gewerkschaftsamt Leipzig.

Gedanken zur Umgestaltung des Leipziger Volksschulwesens.

Von Otto Pabst, Leipzig.

II. (Schluß)

Die Volksschule eine Pflanzstätte für die liberale allgemeine Volksschule: die Privatschule.

Den Privatschulen sind daher durch das Uebergangsgesetz enge Schranken gezogen worden. § 6, 1 bestimmt: Zur Errichtung von Privatschulen für solche Kinder, die nach ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung und Beschaffenheit unbedingt am Unterricht der allgemeinen Volksschule teilnehmen können, soll künftig in der Regel keine Genehmigung erteilt werden. § 6, 2: An den bestehenden Privatschulen dürfen keine neuen Klassenzüge gebildet werden.

Als Meinung der Gesetzgeber ist dazu gesagt worden, daß die Uebernahme einer Privatschule durch einen neuen Besitzer einer Neugründung gleichzusetzen ist. Somit müssen mit dem Uebernehmen der jeweiligen Privatschulbesitzer die Privatschulen ausgetilgt werden.

Vorkäufig bestehen hier in Leipzig noch eine ganze Anzahl Privatschulen, die eben eine Durchbrechung der allgemeinen Volksschule sind. Es scheint, als ob sich durch die Abschaffung der Bürger- und höheren Bürgerchulen ihre Schülerzahl beträchtlich vermehrt hätte — man will eben im armen Menschen nicht seinesgleichen sehen und sich absondern. Diese Vergrößerung der Schülerzahl konnte aber nur dadurch erreicht werden, daß die schon bestehenden Klassen der Privatschulen über die Normalzahl gefüllt wurden. Hier muß eine Nachprüfung der Aufnahmestellen einsehen und absehen. Eine Handhabe hierzu bietet das Volksschulgesetz von 1873 (Sächsisches Volksschulgesetz von 1873, II. Einrichtung von Volksschulen, § 13, Abs. 5, und Ausführungs-Bestimmungen, II. Einrichtung von Volksschulen, § 33, Abs. 5), das eine Verringerung der Schülerzahl bei Schulen, die mit ihrem Ziel über die allgemeine Volksschule hinausragen, vorsieht.

Wäre nun diese Art allgemeine Volksschule, der wir als Teilziel zugestimmt haben, soweit durchgeföhrt, daß alle Kinder ohne Unterschied des Vermögens und des Standes ihrer Eltern eine und dieselbe Schule besuchen, bis auf den Rest der absterbenden Privatschulen, so droht ein neuer Feind, die allgemeine Zusammenführung der Kinder zu verhindern: die Kirche und ihr Anhang. Doch will ich jetzt nicht den ganzen Streit um die Vertilgung der Schule auskosten. Nur weniges zu dieser Frage.

Es leuchtet wohl auch dem Laien ein, daß eine Schule, die alle Kinder aus allen Schichten des Volkes in sich vereinigen will, die alle zu einer Volksgemeinschaft erziehen will, nicht zulassen kann, daß eine Weltanschauung — hier die kirchlich-religiöse — aus dem Bunterlei der Auffassungen, die wir bei uns wie in allen Kulturländern haben, der allgemeinen Volksschule, die evangelische, katholische, israelitische, konfessionslose Kinder umfaßt, ihren Stempel aufdrückt. Die allgemeine Volksschule darf der Kirche ebensowenig dienen, wie sie auch nicht in den Dienst einer andern Weltanschauung treten darf. Die allgemeine Volksschule hat die Kinder selbstsuchend und forschend in alles Wissen und Können einzuföhren — natürlich nur in den von der Psychologie und Pädagogik gesetzten Grenzen — ohne sie zu einseitigen Gläubigen irgendeiner Ansicht zu machen. Die Aneignung einer Weltanschauung bleibt den Kindern für die späteren Jahre vorbehalten. Diese allgemeine Volksschule muß religionslos, konfessionslos, weltlich sein.

Die Reichsverfassung hat die Religion als „ordenliches“ Lehrgesetz der Volksschule bestimmt und damit die allgemeine Volksschule, also selbst die „bürgerliche“ allgemeine Volksschule zertrümmert.

Das Reichsgericht hat die bereits für Sachsen gesetzlich beschlossene weltliche Schule für ungesetzlich erklärt, und nur die Eltern vermögen die weltliche Schule noch zu retten, indem sie erklären, daß ihre Kinder keinen Religionsunterricht erhalten sollen.

Die allgemeine Volksschule bleibt allerdings auch damit noch zertrümmert.

Wir werden hier in Leipzig voraussichtlich in jedem Schulgebäude eine weltliche und eine konfessionelle Abteilung haben — da eine ganze Anzahl Eltern und Lehrer den kirchlich-konfessionellen Religionsunterricht verlangen — oder, was noch wahrscheinlicher und noch verhängnisvoller ist: die kirchlichen Kreise verlangen die Einrichtung konfessioneller Schulen — sie haben unter gewissen Bedingungen nach der Reichsverfassung ein Recht dazu — und da die Bestehenden vorzugsweise, und das ist sehr bezeichnend, sehr kirchlich sind, gehen in diese Richtung vor allem die Kinder der Reichen.

Damit sei jetzt die eben besitzte geäußerte Standeschule frühliche Auferstehung. Damit fällt die allgemeine Volksschule.

Warum aber letzten Endes? Wenn doch alle freigestimmten Lehrer und Erzieher das erkennen wollten!

Weil die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse bis heute die allgemeine Volksschule noch nicht bedingen.

Über ihre Zeit kommt. Nur mit Ideen allein kann man keine Schule bauen!

Vergütung aus dem Einkommen der Umsatzsteuer.

Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer, die besonders hart die ärmpften, Kinderreichen Familien trifft. Der Gesetzgeber hat vorgeesehen, daß diese Steuerzahler einen kleinen Betrag zurück erhalten, aber nur wenn die Umsatzsteuer eine bestimmte Summe, nämlich mindestens 1,5 Milliarden Mk., eingebracht hat. Außerdem wird die Vergütung nur gewährt, wenn ein Antrag vorliegt. Im Januar 1921 ist zum ersten Male ein solcher Antrag zu stellen.

Deshalb weisen wir jetzt schon darauf hin, damit jeder rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht werden kann.

Nach § 14 des Umsatzsteuergesetzes erhält aus dem Einkommen der Umsatzsteuer derjenige, dessen jährliches Einkommen 5000 Mk. nicht übersteigt, eine Vergütung, wenn er mehr als ein Kind unter 16 Jahren versorgt. Als Kinder gelten Abstammlinge des Antragstellers oder seines Ehegatten, einschließlich der Adoptiv-, Pflege- und Stiefkinder. Eltern und Voreltern, einschließlich der Stief- und Pflegeeltern des Antragstellers oder seines Ehegatten, wenn sie ohne wesentliches Einkommen sind und einem Gewerbe nicht nachgehen können.

Die Vergütung beträgt bei einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mk. 40 Mk.; von mehr als 4000 Mk. 30 Mk., von mehr als 5000 Mk., aber nicht mehr als 5000 Mk. 20 Mk.

Die Beträge werden dem Antragsteller für jede zur Vergütung Anlaß gebende Person gewährt. Bei mehr als zwei zur Vergütung Anlaß gebenden Personen erhöhen sich die Beträge um 50 vom Hundert. Befristet der Antragsteller seinen Lebensunterhalt überwiegend aus den Erträgen eines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes, so ermäßigt sich die Vergütung auf die Hälfte. Der Antrag ist im Laufe des Monats Januar für das vorausgehende Kalenderjahr beim Finanzamt des Wohnortes des Antragstellers oder bei der Gemeindebehörde zu stellen. Wegen der Ablehnung des Antrages stehen dem Antragsteller die gleichen Rechtsmittel zu, wie gegen die Steuererkenntnis. Der Antrag kann das erste Mal im Januar 1921 für das Kalenderjahr 1920 gestellt werden.

Hat im vorausgehenden Kalenderjahr das Einkommen an Umsatzsteuer weniger als 1,5 Milliarden Mk. betragen, so findet eine Vergütung nicht statt. Im Übrigen beträgt die Vergütung ein Fünftel der genannten, wenn das Gesamteinkommen 1,5 Milliarden und mehr, aber nicht mehr als 2 Milliarden beträgt; zwei Fünftel, wenn das Gesamteinkommen mehr als 2, aber nicht mehr als 2,5 Milliarden beträgt; drei Fünftel, wenn das Gesamteinkommen mehr als 2,5, aber nicht mehr als 3 Milliarden beträgt; vier Fünftel, wenn das Gesamteinkommen mehr als 3, aber nicht mehr als 3,5 Milliarden beträgt.

Im Jahre 1919 hat die Umsatzsteuer 955 1/2 Millionen Mk. eingebracht. Im Jahre 1920 dürfte ihr Ertrag erheblich höher sein. Für das Jahr 1921 sind ihre Einnahmen auf 3630 Millionen Mk. veranschlagt. Es ist also zu hoffen, daß ein kleiner Betrag zurückgezahlt wird. Der Steuerfiskus läßt den Vermögenden hohe Beträge aus den Taschen, und gibt ihnen dann einige Mark zurück.

Ein Schimpf pastor.

Eine Elternversammlung der 25. Volksschule beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Lehrerschaft durch den Pastor Leonhardt, L.-Anger, der die Lehrer als „nerzigen Gauener und durchtriebene und geizige Kunden“ bezeichnete. Auf die schriftliche Aufforderung des Elternrats, sich vor der Elternschaft zu rechtfertigen, teilte der Herr Pastor brieflich mit, daß er es bei der einseitigen Zulassung der Elternversammlungen für nicht ratsam erachte, in der Versammlung zu erscheinen. Dagegen versetzte er sich zu der Behauptung, daß es der radikalen Lehrerschaft nicht gelingen dürfte, sich von dem Porwurz zu reinigen, in diesem Kulturkampf nicht immer mit ehrlichen Waffen gekämpft zu haben und noch zu kämpfen. Für diese Tatsache und für die andre, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, die die radikale Lehrerschaft zum Kampfgesossen hat, mit geradezu schamlosen Mitteln die weltliche Schule propagiert, sei ihm nicht schwer, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Trotzdem hatte er nicht den Mut, der Versammlung sein Beweismaterial vorzulegen.

In der anschließenden Diskussion bestritt der Vorsitzende des Elternrats die Beschlüsse und ergänzte die vorhergehenden Ausführungen noch an der Hand eines aufgenommenen Protokolls. Sämtliche Diskussionsredner verurteilten die Handlungsweise des Pastors Leonhardt aufs schärfste. Die einzige Antwort hierauf könne nur die Umbildung der Kinder vom dogmatischen Religionsunterricht und die Entscheidung für die weltliche Schule sein.

Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Die am 3. Dezember 1920 im Schulaale der 25. Volksschule tagende Elternversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Beschlüssen der Lehrer durch Herrn Pastor Leonhardt vor seinen Konfirmanden. Die Elternschaft spricht den Lehrern ihrer Kinder ihr Vertrauen aus und erwartet gleichzeitig, daß von seiten des Schulamtes eine amtliche Verfolgung dieses Falles vorgenommen wird.“

Wie uns noch dazu mitgeteilt wird, hat dieser mit dem Munde stets kampfberete 28 Jahre alte Geistliche am Sonntag seinen Gläubigen mit Stentorstimme von der Kanzel verkündet, daß er „kämpfen“ werde, und wenn man ihn in der Stadt unmöglich machen würde. Ein wirklich mutiger Mann, der es noch fertigbringt, sich zum Märtyrer zu machen.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Leipzig im Oktober 1920.

Die Höhe der Unterstützungen und der unmittelbaren Aufwände, welche im Oktober vom Arbeitsamt II für die Erwerbslosen Leipzigs insgesamt erfolgt sind, ist von 3797 245 Mk. im Vormonat September auf 4065 700 Mk. oder um 7,1 Prozent gestiegen. Die Zahl der im Durchschnitt der vier Kalenderwochen des Oktobers insgesamt Unterstützten ist von 14 477 auf 18 482 Personen oder 12,7 Prozent gestiegen. Diese verhältnismäßig große Steigerung betrifft nicht alle Unterstützten gleichmäßig und fällt vor allem in die erste Zeit des Monats. Die Zahl der völlig Erwerbslosen (einschließlich der sogenannten Ausleger) ist gegenüber dem Vormonat nur um 3,4 Prozent, von 12 288 auf 12 655 Personen im Wochenberichtszeitraum, gestiegen und hat in der letzten Oktoberwoche wieder die Zahl 12 315 erreicht. Dagegen hat die Zahl der Unterstützten eine außerordentliche Zunahme erfahren, die zwar nicht völlig erwerbslos waren, deren Arbeitsverdienst aber so gering war, daß ihnen eine Zusatzunterstützung aus dem Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden konnte. Deren Zahl ist gegenüber dem Vormonat um 70,9 Prozent, von 2290 auf 3907 Personen, gestiegen, ist aber seit Mitte Oktober wieder in raschem Abnehmen begriffen, so daß ihre Zahl, die in der ersten Oktoberwoche auf 4777 (davon 3713 Männer und 1064 Frauen) stand, in der letzten Oktoberwoche nur noch 3 317 (2313 Männer und 1004 Frauen) betrug.

Unter den vollunterstützten 12 315 Personen der letzten Woche des Berichtsmontats (12 895 des Vormontats) befanden sich 2378 (2542) Personen im Alter von 16—21 Jahren, und zwar 1770 (1894) männlichen und 608 (648) weiblichen Geschlechts. Ueber 21 Jahre alt waren 10 007 (10 358) laufend unterstützte Erwerbslose. Von ihnen waren ledig, verwitwet oder geschieden 5387 (5620) Personen, und zwar 4287 (4180) männlichen und 1100 (1484) weiblichen Geschlechts. Verheiratete Erwerbslose im Alter von über 21 Jahre wurden 4420 (4703) gezählt. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen (eheliche und uneheliche Kinder, Ehegatten, Eltern und Großeltern) belief sich auf 10 684 (11 235). Die 12 315 (12 895) laufend unterstützten Erwerbslosen selbst gruppieren sich ihrer gewöhnlichen Beschäftigung nach — ebenfalls in der letzten Monatswoche — wie folgt: 1. Gelernte und angeleserte Arbeiter, Angestellte und selbständige Erwerbstätige aus nicht landwirtschaftlichen, insbesondere industriellen Erwerbszweigen: 7161 (7422) männliche und 722 (824) weibliche

Personen. 2. Nicht landwirtschaftliche ungelernete Arbeiter: 3217 (3393) männliche und 1150 (1216) weibliche Personen. 3. Ungelernte, gelernte und selbständige Erwerbstätige, die früher in der Land- und Forstwirtschaft oder in Gärtnereien beschäftigt gewesen sind: 98 (85) männliche und 7 (12) weibliche Personen. Von den 7611 im Oktober gestellten Anträgen auf laufende Erwerbslosenunterstützung wurden 465 abgelehnt. In 5 (25) Fällen mußte wegen strafbarer Handlungen der Erwerbslosen (Diebstahl, Unterschlagung usw.) Anzeige an die Staatsanwaltschaft erteilt werden. Von Beschwerden und sonstigen rechtlichen Füllen wurden 196 (172) Fälle dem Untersuchung und 23 (91) Fälle der Kreisoberaufsicht zur Entscheidung vorgelegt.

Zwinge Löwen. Dompteur Zilene 5 aus dem Pariser Drei Linden hatete gestern mittag unser Redaktion einen Besuch ab. Er brachte zwei fünf Wochen alte Löwen mit. Es sind das postterliche Tierchen. Sie sind etwas größer als ausgewachsene Hauskaten. Ihr Fell ist weiß wie Samt. Die beiden jungen Löwen waren sehr schön; sie hatten Furchen vor den Menschen und die Trennung von den Eltern mag auch ihre Stimmung unanständig beeinflusst haben.

Elternabende. 7. Volksschule. Heute Dienstag, Vortrag über: Jugendliteratur mit Ausweisung von Jugendbüchern und Spielzeug. — 8. Volksschule. Mittwoch, den 8. Dezember, 1/2 8 Uhr, im Schulaal. Thema: Was habe ich von dem Aufbruch des Leipziger Kirchenmusikschulwesens zu sagen. Referent: Herr Lehrer Zimmermann. — 43. Volksschule. Heute Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula der 42. Volksschule, Friedenstraße. Tagesordnung: 1. Bericht des Elternrats 2. Vortrag des Herrn Lehrer Vogel: Was ist Arbeitsschule? 3. Berichtedenes.

Sozialistische Elternräte. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 1/2 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Billardzimmer. Parteibuch legitimiert. Die Zentrale.

44. Volksschule, L.-Bindenan. Eltern und Erzieher! Geht bis Donnerstag, den 8. Dezember, eure Entscheidung für die weltliche Schule ab. Neben der Vergütung des Schulamtes steht uns die Elternliste nicht zu, besonders Sämterlichkeiten entscheiden uns bei gegnerischen Lehrern. Handelt selbständig! Zettel für die Erklärungen verteilen und nehmen entgegen: W. Thoma, Marktstraße 11. A. Scheller, Radulustraße 8. L. Frau Leubehau, Gundorfer Straße 46. Frau Gutjahr, Odermannstraße 6.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Montag, den 13. Dezember 1920, abends 7 Uhr, Gauauskunftung im Volkshaus. Festsetzung der Generalversammlung. Persönliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Elternversammlung. Heute abend findet eine öffentliche Elternversammlung für die 11., 12., 13., 17. und 25. Volksschule in den Drei Mühren statt. Beginn 1/2 8 Uhr. Tagesordnung: Dogmatischer Religionsunterricht oder religionsgeschichtlicher Moralunterricht. Referent: Herr Lehrer P. i. e. b. Die Geistlichen von Anger und Reudnitz sind eingeladen. Eltern und Erzieher! Schafft euch Klarheit über diese Frage und besucht die Versammlung in Massen.

Treppenbeleuchtung sowie Reinigung und Bestreuerung der Fußwege im Winter. Eine Vereinigung der Kriegsbeschädigten hat den Rat gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die Treppenhäuser genügend beleuchtet und die Fußwege bei Winterglätte gehörig bestreut werden. Namentlich die Winterglätte bedeutet eine schwere Gefahr besonders für alle die Kriegsbeschädigten, die schwere Verwundungen erlitten haben. Die für die Beleuchtung der Treppenhäuser und die Reinigung und Bestreuerung der Fußwege Verantwortlichen werden deshalb zur strengen Beobachtung der darüber geltenden gesetzlichen Bestimmungen hiermit erneut aufgehalten und darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufsichtsbeamten zu strenger Aufsichtsföhung und zu unnaheföhlichem Einschreiten bei festgestellten Zuwiderhandlungen angewiesen worden sind.

Rückgabe deutschen Eigentums aus England und Frankreich. Laut Vereinbarung zwischen der deutschen, englischen und französischen Regierung werden Gegenstände, Gegenstände von geringem Wert, persönliche Effekten usw. den deutschen Eigentümern zurückgegeben. In London und Paris sind Geschäftsstellen zur Sammlung dieser Gegenstände errichtet worden. Die englische und französische Regierung geben zeitweise Listen mit Namensnennung derjenigen Besitzer heraus, an welche diese Gegenstände zurückgegeben werden sollen. Sämtliche Deutschen, welche früher in England und Frankreich gelebt haben, haben insoweit alles Interesse, ihren Namen, ihre gegenwärtige Adresse und ihren früheren Aufenthaltsort im Auslande beim Bund der Auslandsdeutschen, Landesverband Sachsen-Thüringen, E. V., Sitz Leipzig, In der Straße 26, oder bei der Ortsgruppe seines Wohnortes einschreiben zu lassen und dort die entsprechende Formular für die „Rückgabe kleiner Gegenstände“ zwecks Ausfüllung zu verlangen, damit dem einen oder dem andern die freigegebenen Gegenstände zugewiesen werden können.

Reiselegitimationskarten. Ende dieses Jahres verlieren die für das Jahr 1920 ausgeteilten, innerhalb Deutschlands geltenden Legitimationskarten für inländische Kaufleute, Handlungsreisende und Handlungsagenten (grüne Karten) ihre Gültigkeit. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Neuausstellung solcher Karten für das Jahr 1921 bereits jetzt schriftlich beim Gewerbeamt, Neues Rathaus, Erdgeschloß, Zimmer Nr. 162, gestellt werden können. Um bei dem zu erwartenden starken Andrang eine schnelle Erledigung durchzuführen zu können, ist es erforderlich, daß für jeden Reisenden ein besonderer Antrag gestellt wird. Dem Antrag ist die vorjährige Karte und außerdem für solche Reisende, die nach Ausstellung der letzten Karte auswärts gewohnt haben, ein polizeiliches Führungszeugnis beizufügen. Der Reisende muß seine Karte persönlich abholen und dabei das vorgeschriebene Lichtbild abgeben.

Neuer Schnellzug Berlin—Leipzig—München. Zu dem vom 4. d. M. an neu eingelegten Schnellzugspaar nach München schreibt uns der Verkehrsverein, daß es sich um die Verlängerung der beiden schon bestehenden Schnellzüge Berlin-Leipzig-München bis nach bzw. von München handelt. Der Zug verläßt Berlin 6 Uhr 30 Min. abends, Leipzig 10 Uhr 5 Min. und trifft 7 Uhr 19 Min. vormittags in München ein. Der Gegenzug verläßt München 10 Uhr 50 Min. abends, trifft vormittags 8.50 Min. in Leipzig ein und fährt 9 Uhr 12 Min. weiter und kommt in Berlin (Anhalter Bahnhof) 12 Uhr 22 Min. nachmittags an.

ha. Mitwirkung der Schule bei der Gewerbeaufsicht. Ueber die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben besteht ein besonderes Reichsgesetz seit 1903. Das Gesetz wird aber im allgemeinen noch unvollkommen durchgeführt, so daß eine tätige Mitwirkung der Schule für die Handhabung der Aufsicht beansprucht werden soll. Die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Betrieben soll unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen festgesetzt werden. Es wird dies meist durch Befragen der Kinder schnell und sicher gelassen können. Schon 1907 wurden Klassenzeitschriften der Kinder einführte, die mit Arbeitsarten ausgestattet sind. Diese Einrichtung wird auf sämtliche gewerblich beschäftigte fremde und eigene Kinder ausgedehnt.

Rückführung deutschen Gepäcks aus Warschau. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau hat bei der polnischen Regierung Schritte unternommen, um die Rückführung des im Gebiet des ehemaligen Generalgouvernements Warschau im November 1918 zurückgelassenen Gepäcks der Militärpersonen, Zivilbeamten, Helfer und Helfertinnen in die Wege zu leiten. Sie bedarf hierzu genauer Angaben der Art und Anzahl der zurückgelassenen Gegenstände, sowie des Aufbewahrers und dessen Adresse. Es steht daher im Interesse eines jeden, der bei der Aufhebung der Okkupation sein Gepäck zurücklassen mußte, die vorstehend geforderten



So daß auch die Molkereigenossenschaft Klage gegen ihn erhebt. Das Vermögen Schillemanns, das in Bankdepots und einem großen Schatz von Gold- und Silbermünzen bestand, die er widerrechtlich zurückgehalten hatte, ist beschlagnahmt worden und soll zur Deckung der Molkereigenossenschaftsanprüche, zur Steuer und zur Deckung der Strafe verwendet werden. Sein ebenfalls in Haft genomener Buchhalter ist wieder freigelassen worden, dagegen ist der Sohn Schillemanns noch in Haft.

**Oederau.** Der Rat beschloß, an der Volksschule von Oestern 1921 ab den Stenographie- und Esperanto-Unterricht als Wahlfach einzuführen.

**Kochitz.** In der gemeinschaftlichen Sitzung der beiden städtischen Kollegien wurde die Ratsvorlage betreffend die Beförderung der Gemeindebeamten von den Stadtverordneten mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Es wird nunmehr der Schlichtungsausschuß die Entscheidung herbeiführen müssen. In der sich anschließenden Stadtverordnetenversammlung wurde die Erhebung einer Gewerbesteuer, die vom 1. April d. J. an in Kraft tritt und bis 31. März erhoben werden soll, mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Steuer soll 2-6 Prozent betragen und bei einem Reingewinn von 8000 Mk. an erhoben werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### An die Landarbeiter!

Die jetzigen Tarife, die regierungsbezugsweise abgeschlossen worden sind, sollen bis zum November 1921 ohne jedwede Lohnerhöhung weiterlaufen, aber die Arbeitszeit soll entsprechend der vorläufigen Landarbeitersordnung normiert werden. Ein derartiges Ansehen haben wir mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit kann für uns in der Landwirtschaft nach unseren Erfahrungen nicht in Frage kommen, denn es sind doch sämtliche Arbeiten in diesem Jahre in der bisherigen Arbeitszeit voll geleistet worden. Es sind auch frühzeitig, teilweise schon Ende August und Anfang September, in größerem Umfang Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorgenommen worden, so daß vielmehr die Gründe für eine Verkürzung der Arbeitszeit als für eine Verlängerung gegeben sind. Außerdem sind jetzt auch landwirtschaftliche Arbeiter in größerem Umfang arbeitslos. Ebenso können die Landarbeiter bei der fortgesetzten steigenden Teuerung unter keinen Umständen mit den unter dem Existenzminimum bleibenden Löhnen weiterarbeiten. Die Landarbeiter erwarten vielmehr, daß auch ihnen eine ganz wesentliche Lohnerhöhung, die den gegenwärtigen Teuerungverhältnissen entspricht, gewährt wird.

Den Tarifvertrag für Schweizer, der erst am 21. Oktober 1920 abgeschlossen worden ist, haben die Landwirte gleichfalls gekündigt. Es wird behauptet, daß bei den ihnen gewährten Milchpreisen und bei der Preisgestaltung für Kartoffeln die Landwirtschaft nicht in der Lage sei, die tariflichen Löhne zu gewähren. Die Schweizer und Landarbeiter werden mit aller Entschiedenheit nicht nur an ihrem bisherigen Löhne festhalten, sondern auch für eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage eintreten. Es dürften demnach schwere Kompensationen zwischen Landwirten und Arbeitern in der Landwirtschaft nicht ausgeschlossen sein.

Zunächst ist eine Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden Sachsens dahingehend getroffen, daß sie mit ihren Mitgliedern Beratungen pflegen und bis Mitte Januar ihre Beschlüsse mitteilen. Ende Januar sollen dann die weiteren Verhandlungen sein. Insbesondere soll die Gestaltung des Milchpreiserlöses von der von der Regierung in Aussicht gestellten Milchpreiserhöhung abhängig gemacht werden, da die Erzeugerlöhne mit den Preisen für die Milch in gar keinem Verhältnis ständen.

Der Deutsche Landarbeiterverband wird nunmehr in den einzelnen Amtshauptmannschaften in Kreisversammlungen zu dieser Situation Stellung nehmen. Sämtliche Mitglieder des Verbandes sowie auch alle übrigen Landarbeiter werden ermahnt, in den nunmehr sich notwendig machenden Versammlungen zu erscheinen, um zu dieser ihrer Existenzfrage Stellung zu nehmen.

Landarbeiter, tretet geschlossen der Organisation bei! Dem nur durch gemeinsames Handeln und Kämpfen wird es möglich sein, auch die Existenzbedingungen für die in der Landwirtschaft Tätigen auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen.

Deutscher Landarbeiterverband (Gau Sachsen).

Mit den Zuständen auf dem Arbeitsnachweis der Steinseher beschäftigte sich eine Steinseherversammlung am 27. November. Es ist vorgekommen, daß Arbeitssuchende zwei Stunden und noch länger auf dem Arbeitsnachweis gewartet haben, ehe sie abgefertigt worden sind. Arbeitsnachweisführer Höner macht dafür die Unternehmer verantwortlich, da sie meist erst kurz vor Schluß des Nachweises mit Arbeiteranforderungen kämen. Allgemein war die Meinung vertreten, daß die Unternehmer absichtlich die Beförderung in die Länge zögen, um sich an den arbeitslosen Steinsehern zu reiben; besonders die Unternehmer Schwaß und Berger scheinen es darauf abgesehen zu haben, Schwierigkeiten zu machen. Vom Kollegen Höner wurde Abhilfe versprochen; er ersuchte, ihn in der glatten Abwicklung der Geschäfte zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Sitzung beim Direktor des Arbeitsnachweises zur Sprache, in welcher sich der Unternehmer Ernst Schwaß erlaubte, die gesamten Leipziger Steinseher des Betrugs zu bezichtigen, indem er dem Sinne nach ausführte, es läme den Steinsehern nicht darauf an, wenn sie auch Arbeit hätten, doch noch ein oder zwei Tage als arbeitslos stempeln zu lassen. Diese Unterstellung muß ganz entschieden zurückgewiesen werden. Auch das Verhalten des Unternehmers Berger in der Auslegung des Begriffs Spezialarbeiter wurde verurteilt und als eine Umgehung der Arbeitsnachweisbestimmungen gekennzeichnet.

Zentralverband der Steinseher, Zahlstelle Leipzig.

### Nügrose Entlassungen bei der Reichspost.

Uns wird geschrieben: Das von den bürgerlichen Parteien und der Bureauplatte veranlaßte Reststellren gegen die Angestellten in den Reichs- und Staatsbetrieben ist in vollem Gange. Ohne irgendwelche Rücksichtnahme werden überall zahlreiche Entlassungen vorgenommen. Am rückständigsten aber wird in dieser Beziehung wohl bei der Reichspost in Leipzig, besonders beim Schenkamt, verfahren. Dort liegen die Verhältnisse so, daß infolge des zunehmenden Verkehrsumfanges, freiwilliger Austritte usw. sich ein gewisser Personalmangel bemerkbar macht. Trotzdem fragt die Verwaltungsbureauplatte den Teufel nach den Anforderungen der Konten-

inhaber und dem Rentabilitätsinteresse des Staates und der Steuerzahler und wirft die Angestellten rückständig auf die Straße. Für die dadurch entstehende Störung in der Erledigung der Arbeiten sucht man den Grund, daß mit so viel Hilfskräften gearbeitet werden muß, ins Feld zu führen. Sogar die bevorstehende Weihnachtzeit hält diese Bureauplatte nicht davon ab, die Kündigungen regelmäßig wöchentlich auszusprechen und die davon Betroffenen der Not und dem Elend preiszugeben. Dabei fällt es einzelnen Beamten furchtbar schwer, ihre Schandenfreude zu verbergen.

Als kürzlich ein Angestellter anlässlich der Kündigung darauf hinwies, daß er seit anderthalb Jahren im Amt tätig sei und es rigoros wäre, ihn drei Tage vor Weihnachten auf die Straße zu werfen, entgegnete ihm der bekannte Freund der Angestellten, Herr Oberpostsekretär Haase: „Nun, da haben wir Sie ja schon anderthalb Jahre durchgeschleppt.“ Diesen Vorwurf wagt man Angestellten gegenüber zu tun, die sich lange Zeit mit der Erledigung der nervenzerrüttenden Postarbeit im Interesse des Staates abgerackert haben. Derselbe Beamte, der sich solche Vorwürfe gegenüber den Angestellten erlaubt, zeigte sich nicht einmal fähig, ein einfaches Protokoll aufzunehmen. Ein anderer Beamter mußte ihn das im Protokoll festzuhaltende in die Feder diktieren. Auch die einzigartige Angabe der Tätigkeit eines Angestellten im Entlassungszeugnis: „Er war mit Gut- und Lastschiff beschäftigt“, läßt Fähigkeiten vermessen, die man von einem Oberpostsekretär verlangen könnte. Also die Frage, wer durchgeschleppt werden muß, sollten diese Herren im eigenen Interesse lieber unerörtert lassen.

Durch die Entlassungen der männlichen Angestellten beim Schenkamt wird einerseits das Arbeitslosentum immer weiter vergrößert, während auf der andern Seite Leute weiter beschäftigt werden, die nicht auf Erwerb angewiesen sind. Auch bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte, für die nur Frauen in Frage gezogen werden, fragt man nicht nach tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen. Es werden wohl ab und zu einmal ein paar Kräfte durch den Arbeitsnachweis eingestellt, im übrigen aber geht die allbekannte Weiterwirtschaftung ruhig weiter, so daß man aus einer Familie 3, 4 bis 5 Mitglieder im Postdienst finden kann.

Es wird höchste Zeit, daß die Oberpostdirektion und das Reichspostministerium davon Notiz nehmen, daß nicht durch Entlassungen notwendiger Hilfskräfte das Defizit vermindert werden kann, sondern nur durch Beförderung der rückständigen schwerfälligen Bureauplatte und daß die Verordnungen und Gesetze über den Schutz der wirtschaftlich Schwachen nicht nur von den Behörden erlassen und kommentiert werden sollen, sondern ihre Durchführung in den eigenen Verwaltungen praktisch gelbt wird.

### Lohnforderung sächsischer Bergarbeiter.

Wie die T. U. aus Zwickau meldet, haben die Bergarbeiter im Zwickau-Lugau-Bezirk Kohlenrevier neue Lohnforderungen gestellt. Die Verhandlungen mit dem Bergbauverein haben noch zu keinem Ergebnis geführt und sollen fortgesetzt werden. Die Situation ist sehr gespannt. Für die Bergwerke besteht, wie die T. U. sagt, keine Aussicht, daß die Rechtsausgaben für die geforderte Lohnerhöhung vom Reichswirtschaftsministerium übernommen werden, da diese Stelle jene Forderungen bereits abgelehnt hat.

### Metallarbeiterstreik in Mecklenburg.

Kostock, 6. Dezember. M. T. B. Wie der Rostocker Anzeiger meldet, sind heute früh in Rostock die Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Von dem Streik wird voraussichtlich die ganze mecklenburgische Metallindustrie betroffen werden. In Bismar sind die Metallarbeiter schon seit einiger Zeit im Ausstand, auch in Güstrow streiken sie an einigen Stellen.

### Staatsbeamtenstreik in Oesterreich.

Wien, 6. Dezember. (M. T. B.) Heute sind etwa 20000 Beamte der mittleren Kategorien in den Ausstand getreten. Wien, 7. Dezember. (M. T. B.) Der Streik der Staatsbeamten der mittleren und unteren Kategorien ist gestern früh ausgebrochen. Das Hauptamt hat keinen Dienst eingestellt. Die aus dem Auslande kommenden Waren und Güter bleiben unverändert liegen. Die Zoll- und Steuerämter sind gesperrt. Die Ausgabe von Tabak konnte nicht erfolgen. Die Zentraltaarisse ist geschlossen. Es ist mit einer längeren Dauer des Streiks zu rechnen. Die Regierung erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, angesichts der schlechten Finanzlage des Staates die Forderungen der Beamten zu bewilligen. Sie verweist die Beamten darauf, ihre Forderungen bei der Beratung der neuen Besoldungsreform zu nennen. Die Regierung ermahnt in einem Erlaß die Beamten zur Einsicht und verweist auf die trostlose Lage des Reiches.

## Gerichtssaal.

Zulässiger Eingriff in das Wohnungsrecht. Ein interessanter Strafprozess fand vor dem sächsischen Oberlandesgericht seinen Abschluß. Der Landgerichtsdirektor Dr. Apel in Leipzig hatte sich im Dezember 1919 geweigert, dem Beauftragten der Leipziger Kohlenstelle die in seiner Behausung vorhandenen Brennstoffbestände zu zeigen, obgleich er auf die bestehenden Vorschriften hingewiesen wurde. Es ist deshalb gegen ihn wegen Vergehens gegen die Auskunftspflicht auf eine Geldstrafe erkannt worden mit der Begründung, daß die Verordnung des Reichskohlenkommissars über die Regelung des Kohlenverbrauchs vom 30. März 1918 auf dem Ermächtigungsgesetz von 1914 beruhe und eine rechtmäßige behördliche Anordnung darstelle, die auch heute noch in Kraft sei, weil sie nicht durch die Reichsverfassung aufgehoben worden sei.

Die Revision des Angeklagten rügte Verletzung der Art. 115 u. 178 der Reichsverfassung, wurde aber gemäß dem Antrag des Oberstaatsanwalts kostenpflichtig verworfen. Von der Unverletzlichkeit des Wohnungsrechts — so wird begründend ausgeführt — lasse die Reichsverfassung Ausnahme auf Grund bestehender älterer und jüngerer Gesetze zu. Es frage sich nur, ob die Verordnung des Reichskohlenkommissars Verletzung der Unverletzlichkeit habe. Das müsse bejaht werden. Durch das Ermächtigungsgesetz sei der Bundesrat ermächtigt worden, unverzüglich diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die zur Anwendung drohender wirtschaftlicher Gefahren notwendig sind. Was der Bundesrat also auf Grund des Ermächtigungsgesetzes angeordnet habe, trage den Charakter von Gesetzen. Dazu gehöre auch die erwähnte Verordnung des Reichskohlenkommissars, sowie diejenige über die Auskunftspflicht der Verbraucher vom 12. Juli 1917. Auf Grund der letzteren Verordnungen sei die Leipziger Kohlenstelle berechtigt, durch Beauftragte die Wohnräume der Verbraucher betreten und die Kohlenbestände prüfen zu lassen. Diese Anordnung habe eine gesetzliche Wurzel, die auch gegenüber dem Art. 115 der Reichsverfassung standhalte.

## Rechtsgelicht.

Die Spekulation auf ein kriegliches Reisende. Bemerkenswerte politische, rechtliche und kaufmännische Gesichtspunkte kamen in der Strafsache gegen den Kaufmann Josef Kadel in Leipzig zur Erörterung, die jetzt das Reichsgericht beschäftigt hat. Der Angeklagte ist vom Landgericht Leipzig am 4. Dezember 1917 wegen übermäßiger Preissteigerung zu 3 Monaten Gefängnis und 10000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden; außerdem wurde auf Einziehung des übermäßigen Gewinnes in Höhe von 7776,51 Mk. erkannt. Im April 1917, als manche Nahrungsmittel, insbesondere die feithaltigen, bereits sehr knapp geworden waren, fuhr der Angeklagte nach Kopenhagen, um an der Verlorenung seiner Heimat mit genannten Nahrungsmitteln mitzuwirken, zumal dabei die Aussicht bestand, ein gutes Geschäft zu machen. Nach viermonatigem Aufenthalt in Kopenhagen und nachdem er große Summen für Beschaffungen aufgewendet hatte, war es ihm gelungen, einen erheblichen Posten eines feithaltigen Suppenstoffs zur Einfuhr nach Deutschland freizubekommen. Er hat dann in Leipzig und Königsberg auch diese Ware abgesetzt und in wenigen Monaten einen erheblichen Betrag daran verdient. Das Landgericht hat nun berechnet, daß er beim Absatz dieses Suppenstoffs, eines Gegenstandes des höchsten Bedarfs, sich übermäßige Preise hat zahlen lassen und deshalb auf die angegebene Strafe und Nebenstrafe erkannt. Bei Rechnung der Unkosten hat das Gericht die Beschaffungsgelder an sich als anrechenbar angesehen, jedoch nicht in der vom Angeklagten angebotlich gezahlten Höhe. Der Angeklagte hatte früher geltend gemacht, er sei mit seinen Kopenhagener Geschäftsfreunden dahin übereingekommen, daß er die letzte Rate des Kaufpreises und der Provision erst drei Monate nach Ratifizierung des Friedens zu zahlen brauche. Da er in dänischem Gelde zu zahlen habe und nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges die deutsche Wäsluta stark gesunken sei, habe das Geschäft für ihn nicht nur keinen Gewinn, sondern einen großen Verlust zur Folge gehabt. Das Landgericht hat sich dieser Auffassung nicht angeschlossen, da allein die in deutscher Währung festgestellte Schuldsumme in Betracht gezogen werden konnte und es sich im übrigen bei dem erwähnten Abkommen um eine Wäslutaspekulation des Angeklagten gehandelt habe. Auf diese Weise hat dann das Landgericht herausgerechnet, daß der Angeklagte das Doppelte des Einkaufspreises für seine Ware hat zahlen lassen und den angegebenen übermäßigen Gewinn erzielt hat. Die Revision des Angeklagten wurde vom Justizrat Hezel vor dem Reichsgericht vertreten. Er beschwerte die Unkostenberechnung als unzutreffend, hielt die Rückanrechnung der Beschaffungsgelder in voller Höhe für unzulässig und führte insbesondere aus, daß der große Verlust, den der Angeklagte infolge der gesunkenen deutschen Wäsluta nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges dem Angeklagten hätte angerechnet werden müssen. Der Angeklagte habe ein Einfuhrgeschäft betrieben und es sei nur recht und billig, wenn die Wäslutaerlöse den geschäftlichen Unkosten zugerechnet würden. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Das Reichsgericht folgte im allgemeinen den Ausführungen des Verteidigers.

### Schwurgericht.

Wegen Meineids war der Kaufmann Friedrich Bernh. Hilbrandt angeklagt. S. hatte eine mit ihrem Manne in Scheidung lebende Frau Th. kennen gelernt und ihr nach und nach 9000 Mk. beigegeben. Um eine Sicherheit für sein verborgenes Geld zu haben, ließ er sich von der Frau Th. die Wirtschafft geben. Die Ehegatten Th. führten vor Gericht einen Prozess, wo der Mann auf Herausgabe der von Frau Th. behaltenden Sachen klagte. Es gelang dem Manne, eine einstweilige Verfügung zu erwirken. S. mußte nun die von Frau Th. erhaltenen Sachen wieder herausgeben, was er auch bis auf einen Teppich und zwei Lampen tat. In einem Termin am 16. Juni vor dem Amtsgericht, in dem S. als Zeuge vernommen wurde, hat er unter Eid ausgesagt, daß er nicht wisse, wo sich die fehlenden Gegenstände befinden, obwohl sie sich mit den anderen Möbeln in seiner Wohnung befanden. Die Geschworenen sprachen ihn des fahrlässigen Fahlscheldes schuldig und das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von elf Monaten.

Wegen Abtreibung hatten sich vor dem hiesigen Schwurgericht die Schloßherrschefrau Olga M. und die Händlerin Martha verw. B. zu verantworten. Die B. hatte an der M. Handlungen vorgenommen, die zur Abtreibung führten und sich dafür 250 Mk. geben lassen. Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurden, endeten mit einer Verurteilung der B. zu zehn Monaten Gefängnis, während die M. freigesprochen wurde.

### Landgericht.

Wegen Brandstiftung hatte sich die am 21. März 1904 in Großh. geborene Dienstmagd Anna St. vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Sie war beschuldigt, am 27. Juli d. J. die Scheune des Gutsbesizers B. in Köllnig b. Großh. in Brand gesetzt zu haben. Die Angeklagte gibt zu, die Scheune angezündet zu haben. Sie ist zu der Tat gekommen, weil sie früh im z. a. ausgeglichen wurde, wenn sie nicht rechtzeitig an ihrer Arbeit war. Da sie ihre zwölfjährige Schwester bei sich hatte, der sie früh erst die Haare machen mußte, so traten oft Verzögerungen ein, die dann zu den erwähnten Differenzen führten. Das Feuer konnte, ehe es größeren Umfang annahm, unterdrückt werden. Der als Zeuge vernommene Gutsbesizer B. bezeichnete das Mädchen als geistig minderwertig, das sich der Tragweite seiner Handlung nicht bewußt gewesen ist. Das Gericht erkannte trotzdem wegen vorläufiger Brandstiftung auf 5 Monate Gefängnis.

Die konnte das Gericht dieses Mädchen nur ins Gefängnis schicken. Zum mindesten hätte man hier § 56 des Strafgesetzbuchs anwenden müssen, nach dem ein Angeklagter, der zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, freigesprochen ist, wenn er bei Begehung der Straftat die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaß. Das 16-jährige, geistig minderwertige Mädchen dürfte diese Einsicht nicht gehabt haben. Und dann hat das Gericht es nicht einmal für nötig gehalten, einen Arzt als Sachverständigen hinzuzuziehen. Man sieht hier, welche Urteile gegen Proletariat Kinder gefällt werden. Wir hoffen, daß in diesem Falle das Justizministerium von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch macht, falls dies Urteil rechtskräftig werden sollte.

### Briefkasten der Redaktion.

Steuer N. 1. Der entgangene Arbeitsverdienst muß Ihnen ersetzt werden. 2. Ja, das ist ein Entschuldigungsgrund. Maxtrakt. Elternrats-Notiz in der Nummer vom Sonnabend enthalten.

**Sport-Zigaretten**  
M. 218.—  
per 1000  
M. Glaser Leipzig 3  
Katharinenstr. 17  
Fernsprecher 3918

**Haut-Ausschläge**  
auch ganz veraltet  
Flechten, Finnen  
etc.  
Vielbewährte  
Hauterkrankungsbehandlung  
u. homöopathische Behandlung  
Institut P. Schubert  
Humboldtstr. 5, Leipzig  
Sprechz. 14g. u. 9-11  
Mont. Mittw. u. Freit. von 4-5

**Barchent Mr. 12 Mk.**  
Hemden aus 13.—, Handtücher  
8.50, Tisch- u. Bettwäsche, wolle,  
Süßwolle, Seide,  
Wäsche, Säckchen, Inletts leder  
Preis wert an Händler u. Private.  
Blecker, Kantstädter  
Steinweg 33, I., Tel. 3845.

**8ung!**  
Papier  
Lumpen  
Flaschen  
Alt-Metalle  
kauft Segmilller  
Schützenhausstraße 10.

**Felle**  
kauft die Rauchwarenfirma  
Rabinowicz & Co.  
Ritowitzerstr. 28/29, II. Tel. 3199  
Nicht in den Laden gehen!

In unserm Verlage erschien:  
**Gerhart Seger**  
**Kunst und Historischer Materialismus**  
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung  
**Preis Mark 2.—**  
Bestellungen nehmen Austräger und  
Filialen der Volkszeitung entgegen  
**LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.**  
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 10/21

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Neuntes Kapitel.

Jimmie Higgins kehrt zur Natur zurück.

I.

Kummers Fahrradhandlung wurde von Amts wegen geschlossen und die Ware versteigert. Jimmie Higgins betrachtete wehmütig diese Vorgänge und dachte, daß er hätte er nicht sein ganzes Geld auf sozialistische Flugblätter ausgegeben, sondern gespart wie ein normaler Mensch, jetzt diesen Laden erwerben und im Leben vorwärtskommen könnte. Doch ach, diese Hoffnungen sind nichts für Jimmie! Er muß in dem Zustand verharren, der vom Präsidenten seines Landes als „industrielle Selbstlosigkeit“ bezeichnet wird, muß zu eines anderen Mannes Profit arbeiten von eines anderen Mannes Laune abhängen.

Er bekam eine Anstellung an der Eisenbahn, doch erlitten wenige Wochen später ein Organistator, der eine Gewerkschaft gründen wollte. Jimmie trat selbstverständlich bei, wie hätte er anders können? Als er sich seinen Wochenlohn holte, fand er im Umschlag einen grünen Zettel, der ihm kundgab, die Atlantische Westliche Eisenbahngesellschaft benötige nicht länger seine Dienste. Erklärung gab es keine, und Jimmie forberte sie auch nicht — er kannte das amerikanische Lohnlavenstystem, euphemistisch „industrielle Selbstlosigkeit“ genannt.

Denn fand er Arbeit als Gehilfe eines Koffkutschers. Dies war die härteste Arbeit, die er je verrichtet, und sie fiel ihm noch schwerer, weil sein neuer Herr ein stumpfer, langweiliger Mensch war, mit dem man nicht über Politik oder den Krieg reden konnte. Jimmie fühlte sich äußerst unzufrieden, vielmehr tobte auch der Frühling in seinem Blut, jedenfalls kubierte er eifrig seine Sonntagszeitung und erwiderte die Annonce eines Farmers, der nach einer „Riise“ suchte. Die Farm lag sechs Meilen von der Stadt entfernt, und Jimmie gedachte seines Spazierganges mit dem Kandidaten, da er an einem Sonntagvormittag diese Streife zurücklegte. Er verstand nichts von Landarbeit und gab dies auch ehrlich zu, doch hatten die Munitionsfabriken so viele Leute in die Stadt gelockt, daß der Farmer froh war überhaupt einen Gehilfen zu bekommen. Ein Nachhaus wurde Jimmie überlassen, und am Montag morgen ließ Jimmie durch seinen früheren Arbeitgeber, den Koffkutscher, sein kleines Mobiliar fortzuschaffen, nahm Abschied von seinem Freund Melker und lernte Kühe messen und den Pflug führen.

So kehrte Jimmie an den Busen der Mutter Natur zurück; doch ach, er kehrte nicht zu ihr zurück, um als freier Mann Gesundheit und Freude, ein neues Leben zu finden; er kam als Erdsklave, um von Morgengrauen bis Abenddämmerung zu schuften, für einen Lohn, der kaum zum Leben genügt. Der Farmer war Herr über Jimmies Zeit, und Jimmie konnte ihn nicht leiden, weil er grob und geizig war, seine Pferde schund und seine Arbeiter schlecht behandelte. Jimmies ökonomische Bildung war zu gering, um ihn darüber zu belehren, daß auch John Cutter ein Sklave sei, durch eine Hypothek in den Händen des reichen Chalmers, des Direktors der Leossiller Nationalbank, stehe. John arbeitete genau wie Jimmie von Morgen bis Abend und trug außerdem noch eine schwere Bürde der Angst und Sorgen, denn seine Frau war ein fleisches, hochberühmtes Geschöpf, das ebenso viele medizinischen Leertankt, wie die arme Frau Weisner.

Trotz allen Annehmlichkeiten bewahrte sich Jimmie eine gewisse Fröhlichkeit, weil er einfach, das er Neues lerne, und die Kühe gediehen, denn nun hatten sie bessere Luft und bessere Nahrung, als je zuvor in ihrem kleinen Leben. Den ganzen Sommer pflügte, grub und erntete er, betreute Pferde, Kühe, Schweine und Hühner und fuhr mit Waren zur Stadt. Am Abend war er sogar für seine Zeitung zu müde; sechs Monate lang kümmerete er sich nicht um die Welt, den furchtbaren Kampf, das enselnde Elend. Es war die Zeit, da die deutschen Heere sich gegen die Befestigungen Verduns warfen. Fünf trauenhafte Monate wählten sie sich vorwärts, Woge auf Woge; das französische Volk sah die Zähne zusammen und schwor: „Sie sollen nicht durchdringen!“ Und die ganze übrige zivilisierte Welt wartete mit stotterndem Atem.

(Fortsetzung folgt.)

Empfehlenswerte Bücher.

Aus der Fülle von Neuerscheinungen können, schon des Raum-mangels wegen, nur die wichtigsten und empfehlenswerten herausgegriffen und einige kurz gekennzeichnet werden.

1. Kinderbücher.

„Im Monatsreigen“, zwölf Monatsmärchen von Emma Böhmmer, Margarete Bruch, Carola Bayler, Anna Blochow und Sophie Reinheimer, mit 12 Einführungsgehirten von Margarete Bruch und acht farbigen Vollbildern von Franz Müller-Münster. Ladenpreis 15 Mk., ohne die farbigen Vollbilder 12 Mk. Franz Schneider Verlag, Berlin-Schöneberg.

„Unter Gnommen und Trollen im nordischen Märchenwald“, Band 2; aus dem Schwedischen übersetzt von Lotte Haedke, mit 8 farbigen und 8 schwarzen Vollbildern von Hans Joachim Lau. Ladenpreis 15 Mk., ohne farbige Bilder 12 Mk. Franz Schneider Verlag, Berlin-Schöneberg.

Bruno Schoenank: „Sonniges Land“. Kinder-gehirte. Illustriert und mit einem lustigen farbigen Einband nach einem Entwurf von George Grosz, 8 Mk. Paul Caspary Verlag, Berlin.

„Ein Starenheim in Bild und Reim“. Von Emmy Landmann. Bilder von Kurt Böttcher. Verlag Offstadt u. Zell-heimer, Kitzberg.

Der Münchener Bilderbuchverlag Gerhardt Stallung in Oldenburg bringt eine ganze Reihe vorzüglich ausgestatteter Märchen- und Bilderbücher für alle Altersstufen. Wir nennen davon: „Sneewittchen“, „Däumelinchen“, „Die Kelle ins Schwarzenland“. Außer diesen Mär-chenbüchern verdienen besondere Beachtung jene Bilderbücher, in denen auf kindliche Art mannigfache Belehrung geboten wird: „Handwerksleut“ der Kinderfreud, „Woraus wird alles gemacht, was wir zum täglichen Leben gebrauchen?“ (Kunst und Wegzug unserer Nahrungs- und Genussmittel). Wir nennen ferner: „Des Wiesenmänn- chens Brautfahrt“, „Wichtelmännchenhaußen, das lustige Zwergeländchen“, „Das Buch vom lieben Weihnachtsmann“, „Wir zwei beide“, „Wir sind allein zu Haus!“, „Tandarabe!“, „So geht's auf unsere Weise, so ist es Kinderbrauch!“, „Der lustige Jahrmarkt“ und „Was Früh und Euse auf dem Jahrmarkt erleben“. Neben einem guten und teil- weise vorzüglichem Text bieten alle diese Bücher ganz hervorragendes Bildermaterial, so daß man wirklich von „Kinderbilder- büchern“ reden darf. Die Preise bewegen sich zwischen 15 und 22 Mk., was für die großen, gut und stark gebundenen Bände bei den heutigen Herstellungskosten als angemessen gelten muß.

2. Illustrierte Werke.

Honoré Daumier, Lithographien: 1828—1851 Herausgegeben von Eduard Fuchs. Mit 47 Textillustrationen

und 72 in Originalgröße nachgezeichneten Lithographien. Albert Langen, Verlag, München. Preis 150 Mk. — (Wie alle Publi- kationen von Eduard Fuchs ist auch dieser Prachtband von höchstem dokumentarischen Wert. Ein Sammelwerk ersten Ranges, weil dem vollständigen und vollkommen neu reproduzierten Bildermate- rial eine gründliche Untersuchung als Text beigegeben ist. Wie Fuchs in seinen sitzengeschichtlichen Werken zugleich eine Geschichte der Kunst gibt, so zeigt er, der geschulte materialistische Historiker, in diesem kunstgeschichtlichen Bande selbstredend auch den sozialen Hintergrund zum Schaffen des großen französischen Satirikers.)

Franz Masereel, „Politische Zeichnungen“, Herausgegeben von Rudolf Schimid. Erich Reich Verlag, Ber- lin. Preis 9 Mk. (Dieses Herausgebers Bemerkungen sind um so dürftiger. Aber die lateinischen Holzschritte des Belgiers, während des Krieges und gegen den Krieg in einem Genfer Blatt erschienen, waren der Sammlung in der Tat wert.)

Der Rhein-Verlag zu Basel gibt Schweizerische Kunstbücher heraus: die „Schöne alte Schweiz“, ge- stochen von Merian, „Schweizerische Graphik seit Hobler“, „Der Anni-Philister“ (Maler Diletts Kalender), „Landsknecht-Kunst“ (Nikolaus Manuel, Hans Hol- bein d. J. u. a.). Lauter sehr hübsche und instruktive Bändchen mit kurzen Einführungen und zahlreichen, vorzüglich herausge- nommenen Graphiken.

3. Romane.

„Hülfinger und seine Ruchi“. Von Konrad Loole. Pandora-Verlag, Leipzig. Preis 7 Mk. Bedarf keiner weiteren Empfehlung. Zuerst in der L. B. erschienen.

„Das neue Geschlecht“. Von Johan Skoldborg. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Geb. 8 Mk. S. 3. in der L. B. abgedruckt.

„Bildl' Hundermarl“. Geschichte einer Kindheit. Von Wilhelm Scharrelmann. Der gleiche Verlag. Geb. 14 Mk.

Leonid Andrejew, „Die Geschichte von den sie- ben Geherten“. Mufarion-Verlag, München. Geb. 6 Mk.

„Flammen“. Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des Michael Kaniowlk. Herausgegeben von Stanislaw Brzozow- sk. Aus dem Polnischen von Leon Richter. Verlag von Rich. Bong, Berlin. 2 Bde. Geb. 28 Mk.

Béla Révész, „Ringende Dörfer“. Roman. „Der große Kerker“. Erzählungen. Aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein. Kurt Wolff, Verlag, München.

Aus dem Verlag Albert Langen, München: Arnold Klich, „Ararat“. Geb. 18 Mk. — (Eine Art antibolschewisti- scher Zukunftsroman; von falschen Voraussetzungen ausgehende Phantastik, aber stellenweise sehr stark geschrieben.)

Leo Perutz, „Der Marques de Bolibar“. — (Eine gutgeschriebene Abenteuergeschichte aus den Kämpfen deutscher Regimentier 1812 gegen Napoleons Truppen in Spanien.)

Martin Andersen Nexø, „Eine Menschen- kind“. Zweiter Teil. — Diese Geschichte eines ländlichen Prole- tariermädchens wächst sich zu einem würdigen Gegenstück zum „Telle“ aus. Der tragische Humor des Dichters macht auch dieses Buch zu einem großen und echten Kunstwerk. Das gleiche gilt von seiner

„Familie Frank“, der Geschichte des Kampfes, den eine Wäscherin vergebens gegen den Alkoholeusel ihres Mannes führt. Ein prächtiger Ripel von Sohn wächst als hoffnungsvoller Er- lah heran. — Preis geb. 10 Mk.

Ludwig Thoma, „Der Jägerloist“. Eine Tegern- seer Geschichte. Geb. 10 Mk.

Schlieflich zwei sehr gute Auswahlbände: „Die schönsten Novellen unserer Romanistik“ und „Das Schönste von Jens Peter Jacobsen“. Geb. je 12.50 Mk.

4. Kalender u. ä.

„Goethe-Kalender“ 1921. Dieterläche Verlagsbuch- handlung, Leipzig. 4 Mk.

„Ludwig-Richter-Abreih-Kalender“ 1921. Ver- lag Georg Wigand, Leipzig. 10 Mk.

„Pommern-Kalender“ 1921. Verlag Bauhoff, Steffin. Preis 6 Mk.

„Gesundbrunnen“ 1921. Kalender des Dürerbundes. Bei Georg D. Callweg in München. Preis 5.80 Mk. (Von dem Kunstwart-Schmalz abgesehen ganz gefahrreich.)

5. Reisetexte, Erdkunde.

Georg Wegener, „Der Rauberantel“. Erinne- rungen eines Weltreisenden. Leipzig, J. A. Brodhaus, 2. Aufl. Gebietet 20 Mk., gebunden in Pappband 36 Mk., gebunden in Halbkleinband 40 Mk. — (Die Fahrten eines Mannes, der viel zu sehen bekam. Stillisch ohne rechte Eigenart, auf dem durch- schnittlichen Niveau deutscher Weltbummler und — Kriegsbe- richterstatter, zu denen ja auch Wegener später gehörte. Aber durch den Stoff interessant, dazu schön ausgestattet.)

Schweinfurth, „Im Herzen von Afrika“. (Volls- und Jugendausgabe als Band 4 der Sammlung „Reisen und Abenteuer“.) Brodhaus, Leipzig. Gebunden 12 Mk. — (Ein Auszug aus dem bekannten Werke des jetzt 84jährigen Forschungs- reisenden, dessen koloniale Humanität sehr unmodern anmutet.)

„Bunte Welt“. Länder und Leute in Dichternworten. Herausgegeben von Dr. Eduard Ebner. Die fremden Erb- teile. Verlag R. Oldenbourg, München.

Johannes Balster, „Geologie der Heimat“. E. Haase, „Die Erdrinde“. Einführung in die Geologie. 3. Aufl. Selbes bei Quelle u. Meyer, Leipzig.

6. Gedichte.

Von Max Barthel, „Arbeiterseelen“. Verse von Fabrik, Landstraße, Wanderschaft, Krieg und Revolution. Groß. 8 Mk. „Utopia“. Gedichte. Groß. 2 Mk. Selbes bei Eugen Diederichs Jena. — „Die Frau“. Eine Dichtung. Karton- niert 14 Mk. — „Das Herz in erhobener Faust“. Preis 3 Mk. — Selbes bei Kiepenhauer, Potsdam. („Utopia“ ist ein Stück aus „Arbeiterseelen“.)

„Das Erwachen“. Revolutionäre Dichtungen. Ausge- wählt und eingeleitet von Karl Hoppe. Verlag Otto Böbel, Leipzig. Bsch. 6 Mk. — (Gutes Material für Vortragende.)

Arno Holz, „Buch der Zeit“. Nieder eines Modernen. Sibyllen-Verlag, Dresden. — (Neue, endgültige Ausgabe dieses 1886 zuerst erschienenen, historisch immer wichtigen Buches.)

7. Verschiedenes.

Wilhelm von Humboldt, „Ideen zu einem Ver- such, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“. Kiepenhauer, Potsdam. Preis 20 Mk.

Rosa Luxemburg, „Briefe aus dem Gefäng- nis“. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Verlag Junge Garde, Berlin. Preis 6.50 Mk. — (Diese Briefe an Frau Liebknecht sind das gleich- wertige Gegenstück zu den Briefen Karl Liebknechts.)

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Der kategorische Imperativ.)

Es ist anerkennenswert, daß sich das Alte Theater bemüht, dem modernen Schwanz mit seiner frivolen Minderwertigkeit eine Konkurrenz im alten Lustspiel zu erwecken. Jedenfalls gehört einiger Mut dazu, dem heutigen Publikum, das ganz andre Dinge in einem Lustspiel sucht, den seinen Humor Bauernefids vorzu- zeigen. Gewiß ist der Autor zähm und gutmütig, und seine Ver- spottung der diplomatischen Gesellschaft des Wiener Kongresses mit ihrer Vergnügungslust, ihrer Klugheitslosigkeit und ihrem Tanz um das goldene Kalb, die sehr aktuell anmutet, blüht stets in den Grenzen der Verschämtheit und hat auch die davon be- troffene Gesellschaft stets nur amüsiert und nie beschämt. Das ist eine gewisse Schwäche, die sich leicht erklärt, wenn man bedenkt, daß ein Lustspielbühler in der ersten Hälfte des vorigen Jahr- hunderts vollkommen auf eben diese Gesellschaft angewiesen war. Die Stärke des Autors liegt aber in der vorzüglichen Mitten- schiedung, die die Wiener Gesellschaft von 1815 plastisch und lebendig vor uns erstehen läßt. Die Personen sind zweifellos stark schematisch und typisiert und infolgedessen eigentlich keine „Per- sönlichkeiten“, aber die Typen, der Bankier mit den unendlichen Geld- beuteln, der Könige mit Achselzucken behandelte, die raffinierte Frau, die den ganzen Kongress beherrscht und auf der andern Seite der treue Deutsche, Buchhändler und Kantianer, sind so scharf gezeichnet, daß man darüber den Mangel an dramatischem Geschehen vollständig vergißt. Die Aufführung traf den Charakter des Stüdes ausgezeichnet. Man spürte die leichte Langeweile, die durch eine überfeinerte und lässig-milde Gesellschaft kurz vor ihrem Ende weht, man spürte aber auch an den Figuren die lange Kultur, die zu diesem Zustand geführt hat. Freilich, unser Publikum wird für so etwas kaum Verständnis haben. Pz.

Konzerte. Durch die Jahrhundert haben sich zweierlei Arten „Künster“ herangebildet, die einen, die mit Liebe für Instru- ment spielen, die andern, die mit dem Herzen auf dem Instrument Mühe machen. Letztere spielen von Seele zu Seele, erstere glänzen. So auch der große Violinvirtuos Wäly Burmeister, er glänzt; er ist verzückt in sein Instrument und daher vermöghe man oft den heiligen Funken Musik. Das schon etwas veraltete D-moll-Konzert von Heinrich Wieniawsky brachte er durch seine ganzvolle Technik und seinen geschmeidigen Ton zu neuem Leben. So, wie er die eigenen Bearbeitungen alter Meister (Mennettos, Balzer, Herxentanz) spielte, wird es ihm nicht gleich ein jeder Gelehrer nachspielen. Herr Wäly Barbas als Begleiter und Pianist zeigte sich im B-moll-Scherzo von Fr. Chopin als gut abgeklärter Künster, auch seine Begleitung steht auf derselben Höhe. — Professor Straube und sein Thomanechor wiederholte zum erstenmal das weltliche Programm in Leipzig, das sie auf ihrer Skandinavien-Reise sangen. Ein weltliches Musterprogramm; alles ist vertreten: Altbauische Gefänge, Madrigale, Brahms, Robert Schumann und der moderne Georg Schumann wie auch Felix Draeseke. Bei solcher vollendeter Tech- nik, Ueberwindung der schwierigsten Modulationen und den mo- dernen Vortrag kann man den großen Erfolg im Norden sehr gut verstehen. Herr Dr. Kofenthal sang mehrere altheidische Lieder und von Franz Schubert Erwartung und Sehnsucht, von Herrn Günther Ramin feinfühlig begleitet, in seiner bekannten schlichten künstlerischen Weise. Die zwei kleinen Solisten Siegfried Schrei- ber und Herbert Reichelt sangen mit ihren glodenreinen Stimmen die Solostellen in Das Mädchen von Brahms und Mariae Wegenslied von Georg Schumann wunderschön! Herr Professor Straube würde sich sehr verdient machen, wenn er solche welt- liche Programme öfter in der Öffentlichkeit aufführen würde. L.

Städtische Theater. Um eine gleichmäßige Verteilung der Parfifal-Aufführungen zu erzielen, müssen sich die Anrechtsfolger in dieser Woche folgendermaßen umgestalten: Montag, den 8., nachgeholt B V 268, Dienstag, den 7., A V 269, Mittwoch den 8., nachgeholt A IV 268, Donnerstag, den 9., B I 271, Freitag, den 10., A VI 270, Sonnabend, den 11., A II 278, Sonntag, den 12., B III 273. Die Serie 272 B wird Freitag, den 17. De- zember, und die Serie 278 A wird schon Sonnabend, den 11. De- zember, gegeben.

Eingelaufene Schriften.

Konrad Loole, Der Ardetentelch. Roman. Verlag der Freiheit, Berlin C 2. Preis geb. 8 Mk.

Peter Hartmann, Französische Kulturarbeit am Rhein. Verlag von R. F. Koehler, Leipzig.

M. Kaumann, Vom nationaldeutschen Juden. Verlag von Albert Goldschmidt, Berlin W 35. Preis 1.50 Mk.

Moriz Fürst, Die gesunde Wohnung und ihre sach- gemäße Benutzung. Naturwissenschaftliche Bibliothek für Jugend und Volk. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis geb. 6 Mk.

Emil Unger, Politische Köpfe des sozialistischen Deutsch- lands. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis 10 Mk., geb. 18 Mk.

A. Boigt, Wasservogelleben. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis geb. 5 Mk.

W. Scharrelmann, Die Fahrt ins Leben. Bilder und Geschichten. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis 15 Mk.

F. Meng, Orisnamenkunde. (Deutschkundliche Bibliothek.) Verlag von Quelle u. Meyer. Preis 4 Mk.

Rackner, Auf des Weihnachtsmannes Spuren im Walde, 9 Seiten und 7 farbige Bilder. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis geb. 10 Mk.

G. Schröer, Die Leute aus dem Dreifaltige. Roman. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis 16 Mk., geb. 24 Mk.

W. Scharrelmann, Jesus der Jüngling. Ein Roman. Verlag von Quelle u. Meyer. Preis 11 Mk., geb. 18 Mk.

Das galante Abenteuer, Sondernummer der Halb- monatsschrift Der Dreißigjährigen, Heft 19, Jahrg. 2, heraus- gegeben von Karl Hans Strobl. Dreiländerverlag, München, Leopoldstraße 3. Preis 2 Mk.

Friedrich Engels' politisches Vermächtnis aus unver- öffentlichten Briefen. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Jugendinternationale. Verloag Junge Garde, Berlin C. 2, Stra- lauer Straße 12. Preis 5.20 Mk.

Ernst Drahm, Friedrich Engels. Ein Lebensbild zu sei- nem 100. Geburtstag. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2. Preis 8 Mk.

Die kommunistische Partei und die Gewerk- schaften. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien 8. Preis 40 Heller.

R. Albrecht, Der Steuerbau von Arooislohn und Geb- halt in seiner tatsächlichen Anwendung nach den besten Vorschriften. Verlag von Reich. Kühn, Berlin SW. 68. Preis 2 Mk.

R. Albrecht, Steuerbuch und Lohnnachweis. Verlag von R. Kühn, Berlin SW. 68.

Die Weltliteratur. Nr. 48: M. Schmidhonn, Das Glückshiff. Der Rudernacht und die Amerge u. a. Verlag Weltliteratur, Berlin SW. 48. Preis 80 Wfa.

W. Baaner, Deutschlands Schicksal. Durch Leid zu neuem Aufstiege? W. Wagners Selbstverlag, Frankfurt a. M., Kaiser- hofstraße 16.



FILMPALAST L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31. Ab heute nur 3 Tage Bull Arizona Der Wüstenadler

Lindenauer Lichtspiel-Haus Nur Lindenau Strasse 10 Ab heute bis mit Donnerstag: Bruno Kastner 5 Akte Allerseelen 5 Akte

Brennholz In großen und kleinen Porten frei Haus sowie waggonweise liefert

LICHT-SCHAUSPIELHAUS Nur 3 Tage! Vom 7. bis 9. Dez. Nur 3 Tage! Staatsanwalt Briands Abenteuer.

LUNA-Lichtspiele Von Dienstag, den 7., bis Donnerstag, den 9. Dez. JUDEX V. TEIL

Lichtspiele Zschocher Telefon 40960 Inhaber: M. Raschke Dienstag bis Donnerstag: Der Richter von Zalamea Die Todesmaske

Monteure für Spänetransport-, Entstaubungs- und Absaugungsanlagen von bedeutender Maschinenfabrik nach auswärts gesucht

Automaten-Einrichter (System Nuttia) sofort in dauernde Stellung gesucht

Damen- und Herrenhüte von 25.- Mt. an, solange Vorrat reicht

Schweine-Schmalz 20.50 Abendroth, Rabel 52. Margarine Pfund 14.50

Zigaretten-Fabrik empfiehlt ff. 803 3ia, 100 St. 48.- ff. 803 3ia, 100 St. 58.-

STUMPEN 10 Stück-Padung nur Mt. 5.50 Gerberstr. 40 u. Uferstr. 3/1

Konfirmanden-Anzüge ganz besonders billig Größte Auswahl, beste Qualität

An die Arbeiterschaft! Das Leipziger Möbelheim Lango Straße 22, sofort für 9875 Mk.

Konzert-Zither per Kauf sehr billig Stern, Windmühlstr. 36

Sprechapparate neue u. gebrauchte, u. Schallplatten bill. a. verk. Dietrich

Wais u. Hans Tauben große Auswahl! Extra billig!

Kaufgeuche Kriegsanzüge faust und verwertet bis zum Neuwert

Neu eröffnet! An- und Verkauf von gth. Herr-Garderobe

Schallplatten abgeplattete und sehr, faust Meib, Frankfurter Str. 22

Kaufe getr. Herr-, Dam-, Kinder-Gard., Leibhausid., Wäsche

Rohprodukten! Einkauf von Lumpen, Zeitungen, Bücher, Flaschen, Messing, Blei, Zink, Eisen

Felle-Einkauf! Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher Felle

Garderobe Militärsachen Wäsche Leihhauscheine

Verloren v. Kriegerwitwe D. Saut, Nr. 4, Gabelstr. u. Monatsstr.

Grammophon-Platten zahlst stets Tagespreise Musikhaus Merkur

Schallplatten abgeplattete und sehr, faust Meib, Frankfurter Str. 22

Wohnungen 3a. Braut, Licht 2 leere Zimmer mit Kochgelegenh. i. Best.

Herzog v. Burgund Cigaretten

